

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition Neue Graubenerstr. 4/6. und durch Kolportage zu beziehen. Preis einzelndrucklich Mk. 2.50. pro Woche 15 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50. frei und Post Mk. 3.00. wo keine Post am Ort. Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessante Beiträge bringt für die einseitige Schulung der Wähler für Arbeiterpartei, Reformen und Reformations-Anliegen 15 Pfennige. Ansonsten 25 Pf. Interests für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 83.

Breslau, Freitag, den 7. April 1911

22. Jahrgang.

Die Verfassungskrise in Russland.

Die Verfassungskrise, die durch den Gewaltstreik Stolypins heraufbeschworen wurde, ist noch immer nicht geklärt. Die Maßregeln, die Stolypin anwandte, um im Amt zu verbleiben und die Duma nicht auflösen zu müssen, haben nicht nur die hohe Bureaucratie, die sich durch die Maßregelung der Reichsratsmitglieder Durnowo und Trepow in ihrer Machtposition bedroht fühlte, gegen den Diktator aufgebracht, sie haben auch die Oktoberisten öffentlich mit Stolypin zu brechen. Die Ministerkrisis ist in eine akute Verfassungskrise umgeschlagen, deren Konsequenzen schwer abzusehen sind. Es herrscht eine Vermorrenheit und Unsicherheit, die täglich neue Ueberfahrungen verspricht. Der Dumapäsident Gutschkow, der zuerst als Führer der Oktoberisten und dann als Vorstehender der Duma mit Stolypin durch die Duma und Duma ging, ist von seinem Posten zurückgetreten. Auch der Vorsitzende des Reichsrates, Alimow, trägt sich mit Rücktrittsgedanken. Der bisher so gefügige Reichsrat will sogar — zum ersten Male seit seinem Bestehen — über eine Interpellation wegen des ungesetzlichen Vorgehens Stolypins beraten. In der Duma fand eine solche Beratung gleich nach der Wiederaufnahme ihrer Sitzungen, am 28. März, statt. Nachdem die Dringlichkeit mit 198 gegen 110 Stimmen angenommen wurde, wurden sämtliche Interpellationen: der Oktoberisten, der Progressiven, der Kadetten, der Sozialdemokraten, fast mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Die endgültige Fassung der Dumainterpellation wird laut dem Reglement in der Sitzung des Präsidiums und der ersten Antragsteller vorgenommen. Allgemein wird dieser Fassung mit der größten Spannung entgegengesehen, da von ihr in bedeutendem Maße der Ausgang der Krise abhängt. Die „Realpolitiker“ des Zentrums, denen nach dem ersten manuellen Schritt bereits das Herz in die Hose gefallen ist, suchen bereits nach einer Formel, die das Mißtrauensvotum der Duma so weit abschwächen könnte, daß Stolypin von einer Auflösung der Duma Abstand nimmt. Ein solcher Ausgang würde der ganzen Haltung der Oktoberisten entsprechen, die einerseits bestrebt sind, sich vor den Wahlen als die Vertreter der Verfassung par excellence den Wählern zu präsentieren, andererseits aber vor einem Konflikt mit Stolypin heillosen Furcht haben, da sie ohne Unterstützung der Administration bei den nächsten Wahlen aufs Haupt geschlagen werden. Diese Furcht von der traurigen Gestalt erwähnen nunmehr mit keiner Silbe die angebotene kollektive Niederlegung der Mandate und weisen mit patriotischer Entschlossenheit das Anstehen der Anken zurück, ihre oppositionelle Bestimmung doch durch die Ablehnung des Budgets zur Geltung zu bringen.

Ueber den Verlauf der „historischen Sitzung“ der Duma vom 28. März wird uns aus Petersburg geschrieben:

Gleich nachdem der Vorsitzende, Fürst Bolkonski, gegen 3 Uhr die Beratung der eingebrachten Interpellationen über die ungesetzliche Anwendung des Artikel 87 der Grundgesetze angekündigt, füllte sich der Saal bis auf den letzten Platz. Die Tribünen sind überfüllt, die Diplomatenloge stark besetzt. Aus der Ministerloge sind die Vertreter des Kriegsministeriums, die bei Beginn der Sitzung anwesend waren, in panikartiger Furcht geflüchtet, und die gähnende Leere der Ministerloge unterstreicht in krasser Weise den Ernst der Situation und die abschließende Brüstung der Volksvertretung. Unter allgemeiner Spannung verließ der Vorsitzende die eingebrachten Interpellationen, die in der scharfen Beurteilung der staatsrechtlich-mäßigen Anwendung des Artikel 87 einig sind und nur in der Darstellung der politischen Lage und den gestellten Forderungen auseinander gehen. Am prägnantesten und schärfsten wird die politische Situation in der sozialdemokratischen Interpellation gekennzeichnet. Da die Tagespresse — auch die Liberale — die Begründung dieser Interpellation unterschlagen hat, lasse ich sie in ihren wesentlichsten Teilen folgen:

„Das Regime vom 16. Juni, das mit Hilfe eines Staatsstreiches zum Kampfe die revolutionäre Bewegung der Volksmassen und im Interesse der reaktionären Schichten der Großgrundbesitzer und Industriellen und Handelsbourgeoisie eingeführt wurde, schrieb auf seine Fahne die Devise der „Beruhigungspolitik“. In dem sich dieses Regime, das Stolypin auf den Posten eines „Retters“ Russlands erhob, auf sozial rückwärtige Elemente stützte, gab es zu gleicher Zeit Raum für die Anwerbungen und Intrigen verschiedener Kräfte bei Hofe und in der Bureaucratie. Die Politik der Unterdrückung jeder gesellschaftlichen Selbsttätigkeit, die Politik des kriegerischen Nationalismus wurde von dem vereinigten Kabinett Stolypin im Verlauf von fünf Jahren ununterbrochen durchgeführt und hat gegenwärtig fast keine noch zu begehren lassen hat, die neue gesellschaftliche Bewegung, die in dem Ständekongress, im Aufbruch der Streikbewegung, in den Massenversammlungen, in der Unzufriedenheit der demokratischen und sozialistischen Elemente der Bevölkerung zum Ausdruck gelangte, die ganze Ergebnislosigkeit der Beherrschung zeigt, den im Lande herantreibenden öffentlichen Protest zu unterdrücken. Dadurch hat sie auch einen großen Beweis der Unfähigkeit des Regimes vom 16. Juni geliefert, das den Versuch unternommen hatte, unter der Färbung des Scheinnationalismus

nationalismus die Politik der herrschenden Klasse, die sich auf den Abseits zu verwickeln. Die Konstitution vom 16. Juni gab den höfischen und bürokratischen Intriganten der konstanten Stolypins einen weiten Spielraum und führte die sogenannte „Ministerkrisis“ herbei. Nachdem Stolypin durch einen eben solchen Schachzug hinter den Kulissen seinen Posten eines Premiers beibehalten, griff er zur Festigung seines erschütterten Ansehens zu Handlungen, die den Grundgesetzen offen widersprechen. Dadurch hat er selbst den Bankrott des bestehenden politischen Systems unterstrichen und die Unmöglichkeit eines konstitutionellen Auswegs aus den sich verschärfenden Widersprüchen dieses Systems gezeigt.“

Nach einer gründlichen juristischen Analyse der jüngsten Maßnahmen Stolypins schließt die Interpellation mit der Frage, welche Maßregeln getroffen werden würden, um die Grundgesetze wieder herzustellen und die Schuldigen zur gesetzlichen Verantwortung zu ziehen.

Aus der Debatte, die sich zuerst über die Dringlichkeit und dann über die Interpellationen selbst entspann, seien nur die wichtigsten Momente hervorgehoben. Die Rechte, die wegen der Maßregelung ihres Idols Durnowo empört ist, zeigte äußerliche Ruhe, da sie offenbar beschlossen hat, auf offener Szene loyal zu bleiben und sich ihre Revanche hinter den Kulissen zu holen. Ihre Redner, Graf Bobrinski und Markow, sprachen sich gegen die Dringlichkeit wie gegen die Interpellationen selbst aus, indem sie den selbstherrlichen Willen des Monarchen hervorhoben. Es erwidert aber doch nicht der Präzident, daß der Abgeordnete Purtschewitsch von der extremen Rechten, obgleich er sich durch den Fraktionsbeschluss für gebunden erklärte, in der schärfsten Weise gegen Stolypin vorging, ihn des ärgsten Rechtsbruches zücht und mit dem Einklang Byron verglich: „Er hat — so rief er aus — alle Rechtsbegriffe mit Füßen getreten und alle in der Entschlossenheit gegen ihn und seine Regierung, in dem Mißtrauen zu dieser Regierung zu einer Zeit vereint, wo man die Gerechtigkeit aufrecht erhalten mußte. Anders wie mit Entschlossenheit kann man über diese ungesetzliche Handlungsweise nicht sprechen, die nicht irgend ein Schutzmann, sondern der Vorsitzende des Ministerrates beging.“

Die einzigen, die in dieser Sitzung für Stolypin eintraten, waren die Nationalisten, die sich schon vollkommen als Regierungspartei gebärden. Ihre Argumente waren aber so unsäglich einfältig, daß es nicht die geringste Mühe kostete, sie ab absurdam zu führen. Für die Oktoberisten sprachen in energischer, wenn auch recht vorsichtiger Weise die Abgeordneten Schidlowski und Lersch, für die Kadetten Abstemow und Mijulom. Der letztere rief am Schlusse seiner Rede aus: „Die dritte Duma hat nicht verstanden, mit Würde zu leben. Möge sie, wenn es erforderlich wird, versterben, ehrenvoll zu sterben!“ Von unseren Genossen rechneten Gegejtschewski und Pokrowski mit der Regierung und den Mehrheitsparteien ab, die die Duma in den letzten Sumpfen gefehlt haben. Gegejtschewski fragte, sich an die Oktoberisten wendend: „Haben denn die Herren aus dem Zentrum das moralische und politische Recht, gegen die Verletzung der Grundgesetze zu protestieren, wo sie selbst nach der Verletzung der Grundgesetze, als Ergebnis des schwersten Verbrechens der Geschichte hier erschienen sind? Erst jetzt wo ihre eigenen Interessen bedroht sind, sind sie in Verwirrung geraten!“ Denselben Gedanken spannen Genosse Pokrowski fort, indem er auf die Wechselspieligkeit der führenden Dumapartei hinwies: „Der Standpunkt der Duma gibt es nur einen Ausweg: der Regierung muß mit aller Würde, die die Mehrheit noch beibehalten hat, gesagt werden, daß die Dienstzeit der dritten Duma zu Ende ist, und daß der Konflikt, den der Premier heraufbeschworen, zu Ende geführt werden muß. Denn wenn das nicht geschieht, werden wir den natürlichen, schmachvollen Tod der dritten Duma erleben, die als unnütz aufeinander gesagt werden wird.“

Die Bedeutung der letzten Ereignisse für das Volk hat derselbe Redner am Schluß seiner Rede in prägnanter Weise hervorgehoben: „Wie die Mehrheit auch handelt wird, die Regierung hat sich durch ihre letzte Handlungsweise vollkommen demaskiert. Das Land hat sich überzeugt, daß die Regierung nur aus einem Häuflein von Menschen besteht, die auf dem Boden der höfischen und bürokratischen Intrigen leben. In diesem Kampfe der dunklen Kräfte werden die Interessen des Volkes zum Opfer gebracht. In diesem Kampfe werden die Grundgesetze mit Füßen getreten, wird die geschriebene Konstitution und die Kräfte des parlamentarischen Systems verhöhnt und wenn in dem strengen Kampfe dieser dunklen Kräfte die Volksvertretung nicht genügend Würde und Autorität besitzt, um diesem verwerflichen Spiel ein Ende zu setzen, so muß das Land seine eigenen Kräfte aufbieten. Durch gemeinschaftlichen Anstrengen der demokratischen Kräfte muß die Macht des Regimes wieder zerbrochen werden. Möge dann die Regierung, die den Wind gegen den Sturm der Volksbewegung erndet!“

Politische Uebersicht.

Die Urpreußen im Herrenhause.

Nach den Vorbildungen am Dienstag wandten sich die edlen und erlauchten Herren ihrer Haupt- und Lieblingsbeschäftigung zu, dem Kampf gegen den Umsturz und was damit zusammenhängt. Die Herrenhäuser, benutzten dazu die Stabsberatung, der Bethmann-Hollweg wegen einer häuslichen Trauerfeier nicht beizubehalten konnte. Versäumt hat der Reichskanzler-Ministerpräsident damit nichts. Die Schwadronen der Kehlerling, Mirbach, Wedel und wie diese Grafen sonst noch heißen, kehren in jedem Frühling mit wahrer Schwalbenregelmäßigkeit wieder. Daß Herr von Jagow bei den preussischen Lords noch eifrigere Bewunderer finden würde, als bei den baltischen Abgeordneten, stand zu erwarten. Und daß der Graf Mirbach, der Staatsrechtsverherrlicher von Anno 1895 keine Gelegenheit vorübergehen läßt, die abgeanderten und abgedroschenen Redensarten gegen die Sozialdemokratie zu verzapfen, ist seit langem bekannt. Es regt sich niemand mehr darüber auf. Die Jagowischwärmeret des Grafen Kehlerling bereitete einigen unserer Landtagsabgeordneten, die aus Sinn für politische Komik auf der Tribüne Platz genommen hatten, ein heiteres Viertelstündchen. Daß die Oberjunker in der Besetzung des preussischen Parlamentarismus auch die elsaß-lothringische Frage in den Bereich ihrer kesselfrigen Erörterungen ziehen würden, stand fest; aber daß bei der Gelegenheit der Mirbach einen Freiburger Professor der liebevollen Aufmerksamkeit der badischen Regierung empfehlen würde, hatte man doch nicht gedacht. Indessen verbollständig die Welt- und edelmännische Zug das Charakterbild hochgeborener ostpreussischer Schafmacher. Gegenüber dem Wedel, Hohenzollernscher Hausminister seines Zeichens und dem Mirbach erschienen ein Prinz Carolath und sogar ein Koller beinahe neuzeitlich angehaucht.

Am Donnerstag geht die Vorstellung weiter.

Zum Siege des sozialdemokratischen Kandidaten in Leipzig-Land.

der nun als 26. sozialdemokratischer Abgeordneter in den sächsischen Landtag einzieht, schreibt die „Leipz. Volkszt.“:

„Bei der Hauptwahl am 22. März erhielten Feller (Republikaner) 2624, Unger (nat.-lib.) 2222, Dr. Schubert (Soz.) 1737, Möller (Soz.) 4312 Stimmen, bei der Stichwahl Feller 5172, Möller 5379. Wir haben 10677 Stimmen gewonnen, der Konservativen Feller 2532 Stimmen, die fast ausnahmslos von den Nationalliberalen, zu einem kleinen Teil auch von freisinnigen Wählern herrühren. Zu dem erbärmlichen Pluralwahlrecht ist der Reaktionär mit 207 Stimmen Mehrheit geschlagen.“

Dieses erfreuliche Resultat ist vor allem der Opferfreudigkeit und musterhaften Disziplin der Genossen im Wahlkreise zu danken, die, der leistungsfähigen Arbeit, die Wahlarbeit mit der größten Pünktlichkeit und Gründlichkeit erledigt haben. Aber das allein hätte nicht genügt, den Preis zu erobern. Ein Teil des Erfolges ist mit auf die in den letzten Tagen von der konservativ-nationalliberalen Koalition geübte schamlose Wahlstrolche zu setzen, die den wahren Charakter dieser „Volksfreunde“ enthüllte und es einem Teile der freisinnigen Wähler wesentlich erleichterte, der Wahlparole der Fortschrittlichen Volkspartei zu folgen. Nach am letzten Tage vor der Wahl hatte das Wahlkomitee Fellers, dem sich auch die nationalliberalen Führer angeschlossen hatten, ein im Stile der Limänner und der Liebertsarbeiten zurechtgeputztes Flugblatt verfaßt, das von Fälschungen und Verleumdungen strotzte und mit den Mitteln der kleinsten Demagogie die Wähler in den nationalen Schaffal treiben sollte. Man hatte damit gerechnet, daß es uns am Sonntag nicht noch möglich sein werde, den erbärmlichen Schwindel richtig zu stellen. Dies unglückselige Manöver hat zweifelslos viel dazu beigetragen, daß die freisinnigen zum großen Teil handhast blieben und sich der Stimme enthielten oder Möller wählten. Aber auch von den nationalliberalen Wählern hat sich ein Teil der Stimme enthalten; ja, in einigen Orten, wie beispielsweise in Röllau, sind nationalliberale Wähler für Möller mit eingetreten.“

Die Leipziger Neuesten Nachrichten und das Leipziger Tageblatt, die noch vor einigen Tagen sehr zuversichtlich auf einen Sieg der „nationalen Sache“ rechneten und von einem Niedergang der Sozialdemokratie sagten, haben vor Schreck den rechten Ton noch nicht gefunden und ergeben sich in einem jämmerlichen Gegetne über den Wahlausfall vor den Toren Leipzigs, der den Beweis erbracht habe, wie weit die völlige Verwirrung, die absolute Deroute auf kürzestlicher Seite schon Fortschritt gemacht habe. Die Hauptrolle der reaktionären Organe richtet sich natürlich gegen die freisinnigen, denen man es als einen Verrat an der nationalen Sache ansieht, daß sie anstatt des aus dem Gemeinwesen hervorgegangenen Beamten, Feuerwehrmanns und Turners Feller einen simplen Lagerhalter wählten.“

Die Liberalen von Leipzig-Land haben sich bemüht, nachträglich die gute Meinung zu befestigen, die Redebeiträge im Reichstage von deren Oefener Freunden äußerte.

Auch unser Zwickauer Parteiblatt erkennt an: „Auf jeden Fall hat die Mehrheit der Fortschrittlichen die Stolypin zu wahren gemüht und verstanden, daß mit einer Wahl des Reaktionärs Feller der Liberalen Sache ein schmerzlicher Dienst erwiesen würde. Das haben die Fortschrittlichen verhindert im eigenen Interesse.“

Die Heizerzulage auf sozialdemokratischen Antrag wieder hergestellt.

Es war Dienstag Nachmittag ¼ 4 Uhr, der Reichstag riefte schon zu den Ferien, als der Vizepräsident Schulz die Glocke läutete und folgendes Ergebnis einer von sozialdemokratischer Seite beantragten namentlichen Abstimmung verkündete: Abgegeben 280 Stimmen, 163 Ja, 116 Nein, 2 Enthaltungen. Der Antrag Albrecht und Genossen ist angenommen.

Damit ist zur dritten Lesung des Etats endgültig und unabwehrlich beschlossen, daß es bezüglich der Heizerzulage beim alten zu verbleiben hat. Der Versuch, den Heizern der Marine ihre künftige Löhnung zu reduzieren, ist an der Wachsamkeit und Initiative der sozialdemokratischen Fraktion gescheitert. Die Heizer behalten, was sie haben, die Herrschaften vom schwarz-blauen Vlod und von der Regierung haben einen wichtigen Schlag auf ihre langausgestreckten Finger erhalten und ziehen mit kläglicher Miene ab. Der soeben beendete Tagungsabschnitt des Reichstags schließt mit einem Sieg der Sozialdemokratie und mit einer Niederlage der Regierung.

Man erinnere sich des Gergangs der Dinge! Im Vorjahr hatte der Reichstag den Marineetat aufgefördert, eine Neuregelung des Zulagenwesens in der Flotte einzutreten zu lassen. Dieser Beschluß richtete sich gegen die Tafel- und Meißelgelder der Herren Offiziere, mit denen bis dahin eine an Korruption grenzende Veranschwendung getrieben worden war. Herr Tirpitz aber überraschte den Reichstag, indem er im diesjährigen Etat nicht nur eine äußerst beschneidende Kürzung der Offizierszulagen, sondern gleichzeitig auch die vollständige Streichung der Heizerzulagen in Vorschlag brachte. Die Herren Offiziere erhalten viele Mark tägliches Tafelgeld, das sollte um etwa 15 bis 30 Prozent verkleinert werden. Die Heizer erhalten 20 Pfennig tägliche Zulage, die sollten ihnen ganz genommen werden!

Die Aufklärungsarbeit, die die sozialdemokratische Tagespresse in der Zwischenzeit geleistet hatte, scheint doch nicht ganz wirkungslos geblieben zu sein. Denn obgleich sich die zusammengewachsenen Zwillingbrüder Erzberger und Oldenburg lebhaft für die Reduzierung der Heizerlöhnung einsetzten, obgleich die Regierung sich auf den von der Sozialdemokratie bekämpften Kommissionsantrag festlegte und durch Herrn Tirpitz und Herrn Bernuth die wankende Mehrheit beschwor, festzubleiben, fanden sich im ganzen Hause nur noch 116 Abgeordnete, die den kranzigen Mut aufbrachten, gegen den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen.

Mit den Sozialdemokraten stimmten die Fortschrittler und Nationalliberalen, die die sozialdemokratische Anregung durch Einbringung gleichlautender Anträge unterstützten hatten, einige Polen und vereinzelte Abgeordnete der Rechten. Durch den Zentrumssturm aber ging ein klaffender Riß; die innerhalb der Fraktion herrschenden Streitigkeiten traten in der gespaltenen Abstimmung zutage. Mit der Linken stimmten zahlreiche Zentrumsabgeordnete aus Baden und dem preussischen Westen, während die schwarz-bayern, mit Ausnahme des Abgeordneten Schürmer, ziemlich geschlossen mit den Junkern und der Regierung gingen. Diese Paarung des bayerischen Löwen mit dem preussischen Adler hat aber für die Verteilung keinen entscheidenden Erfolg gehabt. Nur 116 Stimmen blieben zurück als kranziger Rest des einst so stolzen schwarz-blauen Schnapsblods. Die Namen dieser 116 Unentwegten, die sich nicht scherten, den armen Heizern einen Groschen täglich vom Munde absparen zu wollen, werden wir veröffentlichen, sobald die amtliche Abstimmungsliste heraus ist. Den Herren soll nichts geschenkt werden!

Die Heizer der kaiserlichen Marine dürfen sich aber jetzt im Stillen sagen: „Es ist doch gut, daß es einen Reichstag des allgemeinen Wahlrechts und in diesem eine sozialdemokratische Fraktion gibt!“ Auch die Heizer sind ein Teil der Armee mit deren Hilfe die preussischen Junker eines Tages den Reichstag sprengen und das allgemeine Wahlrecht beseitigen möchten. Sie sind ein Teil jener Armee, deren Soldaten sich noch immer mit der elenden Löhnung von 22 Pfennig begnügen müssen! Hoffentlich wird der nächste Erfolg des allgemeinen Wahlrechts der sein, daß der alte sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Soldatenlöhnung um 10 Pfennig im nächsten Reichstag eine Mehrheit finden wird! Die Armee hat also auf keinen Fall ein eigenes Interesse daran, sich von junkerlichen Katastrophepolitikern gegen Parlamentarismus und Reichstagswahlrecht mißbrauchen zu lassen!

Sturmjungen im elsaß-lothringischen Landesausschuß. Im Landesausschuß kam es am Mittwoch zu stürmischen Erörterungen über die elsaß-lothringische Verfassungsfrage. Abg. Preis warf der Regierung Vereinfachung, verächtliche Machinationen, Fälschung des Volkswillens und Schädigung der Volksehre vor. Die moralische Eroberung der Elsaß-Lothringerei sei unter solchen Umständen auf ewige Zeiten unmöglich. Unter stürmischen Unterbrechungen, Lärm und Gelächter antwortete der Unterstaatssekretär Wandel mit der Verteidigung der Vorlage. Er behauptete, die Wahlkreiseinteilung erzeuge nur deshalb Widerpruch, weil sie manche Hoffnungen einzelner Abgeordneter zerstört habe. Abg. Blumenthal behandelte hauptsächlich das Verfahren der Regierung bei der Verlegung der Cortaine Sportivo. Er warf der Regierung Vorkriegsgeist vor. Die Unterstaatssekretäre Petri und Wandel verteidigten die Regierung. Unterstaatssekretär Wandel wird von heutigem Lärm und Zurufen unterbrochen und erklärt, die Regierung würde es später in ähnlichem Falle genau so machen. (Lauernder Lärm.) Abg. Weber rief ironisch: „Es lebe Deutschland!“ Abg. Dr. Fleger ruft dem Minister mehrfach das Wort „Polizeiergemein!“ zu. Die weiteren Ausführungen des Unterstaatssekretärs gehen im Lärm verloren. Nach einer weiteren Erörterung des Falles wird die Generaldiskussion geschlossen.

Ein deutscher Reichstagsabgeordneter als französischer Staatsbürger. Zu der Meinung, daß der Großindustrielle und Reichstagsabgeordnete de Wendel das französische Staatsbürgerrecht wieder erworben hat, bemerkt die „Post“: „Wir wissen nicht, wie Herr de Wendel es mit seinen Pflichten als Reichstagsabgeordneter, der verfassungsgemäß Vertreter des ganzen deutschen Volkes ist, es für oerembar hält, aus freier Wahl und aus innerer Zustimmung französischer Staatsbürger zu sein. Man darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß Herr de Wendel die Unmöglichkeit eines solchen Doppelverhältnisses einseht und daraus die einzig mögliche Folgerung zieht, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Im anderen Falle müßte überlegt werden, ob nicht das Staatsrecht eine Handhabe bietet, solche wegen ihrer Ungeuerlichkeit in der Verfassung nicht vorgesehene Fälle durch die die bestehenden Vorschriften fortwährende Nachprüfung nachträglich zu erfassen und auf Grund der bisherigen Rechtsgrundsätze festzulegen, die eine solche Kollision staatsbürgerlicher Pflichten unmöglich machen. An der praktischen Ungeuerlichkeit der Sachlage kann wohl kein Zweifel sein.“ Weis denn die liebe „Post“ nicht, daß auch der Herrgott Arenberg, der im Reichstag Mitglied der Zentrumsfraktion ist, auch der belgischen Erben Kammer als Mitglied angehört?

Reis zum Abfagen. Der Freiburger Universitäts-Professor v. Schulze-Gävernitz, liberaler Reichstagskandidat für Freiburg hat dort eine Rede gehalten, der die „Germania“ folgende Stellen entnimmt: „Wir beabsichtigen, mitzuwirken an der Herstellung einer Reichstagsmehrheit der Linken, bei welcher eine starke Sozialdemokratie auf der äußersten Linken und der Liberalismus das Recht in der Hand hätte. Durch eine solche Reichstagsmehrheit hoffen wir hauptsächlich in der Richtung auf die Realisierung Frankreichs, ohne welche eine Liberalisierung Deutschlands überhaupt undenkbar ist. Und diese Liberalisierung Preußens ist dringend notwendig, ist dringendes nationales Interesse. Die Gemächheit des elsaß-lothringischen Junkertums wendet sich in der Weise gegen die Arbeiterbewegung, daß sie bestrebt ist, die unerbittliche Repressionen in gleicher Weise niederzukrüppeln. Ich bin überzeugt, wenn wir in Rußland gewesen wären und den Rücken derer zuwenden hätten, wir wären auch Sozialdemokraten geworden und wahrscheinlich keine Reichstagsmitglieder.“

Die Presse des schwarz-blauen Rodes nimmt diesen freimütigen Herrn häufig in die Schere. Die „Post“ findet sogar, daß die Ereignisse von 1848 nicht am wenigsten auf die Tätigkeit der damaligen Professoren zurückzuführen sind. Denselben

obstruktiven Einfluß wird das Wort dem oben genannten Professor vor. Entweder die Professoren treten für das kaiserliche Erbein der Ritter und Selligen ein, oder sie haben sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten — so lautet der Befehl des Schnapsblods.

Eine unangenehme Ueberraschung. Wenige Stunden vor dem 1. April geschah ein hübscher, verfrühter Aprilscherz in der Petitionskommission des Reichstages. Als eine seltene Erscheinung sah man unter den Mitgliedern der Kommission den Luksomen Liebermann von Sonnenberg. Er riefte mit kauschem Mut an, um einen von der Regierung der Transbaalolonie verfolgten braven Ugermanen namens Siegelmann zu verteidigen. Um Wahrung seiner Rechte als Deutscher stellte der Steigmann die deutsche Volksvertretung an, doch im Kapland wegen Diamantenschmuggels großem Ruß an Geld aufgelöst. Den Liebermann erlor der Wittsteller zu seinem Nothelfer. Der Antilemitenoberhaupt hatte damit aber dieses Bed. Die deutsche Regierung ließ nämlich durch den Mund des Vegetationsdr. Penke feststellen, daß der „Juweller und Goldarbeiter“ Steigmann nach seinen Vorstrafen ein schwerer Sünder wider Frau und Mann sei. Das könnte noch verziehen werden; aber sein Charakter ist unecht, weil er stamische Abstammung aufweist. Wäre auch noch zu ertragen! Schließlich ist aber Steigmann trotz seines deutschen Namens — beschämten. Nun sah Liebermann von Sonnenberg wie gebrochen in seinem Feuertent. Er stammelte einige Worte der Verlegenheit — und verabschiedete sich.

Das Zentrum in Sachsen. Der Zentrumswahlverein für das Königreich Sachsen hat auf Antrag des Grafen Schönburg-Glauchau folgende Wahlparole ausgegeben:

„Es soll jedem Wahlkreise überlassen werden, daß Kandidaten auszustellen oder gleich im ersten Wahlgang den reichstehenden Kandidaten zu unterstützen. Die Wahlkandidaten möge man sich auf den preussischen Landtagsabgeordneten Herrn Dr. Vorsch einigen. Bei links liberalen Kandidaten muß Wahlenthaltung geübt werden.“

Vielleicht hat diese Wahlparole nicht zu belagen, denn nur in Ostfriesland kann das Zentrum einige hundert Stimmen aufbringen, die aber schon seither stets der Reaktion zugesallen sind.

Reichstagskandidatur des Grafen Podadamow? Einem nationalen Wahlkreis, der sich in Chemnitz gebildet hat, ist ein Schreiben des Grafen Podadamow zugegangen, worin er mitteilt, daß er unter gewissen Voraussetzungen bereit ist, die angebotene nationale Kandidatur für den Reichstag zu übernehmen. — Ähnliche Berichte sind mehrfach aufgetaucht, aber immer demontiert worden.

Das Verfahren gegen Barrer Jatho. Barrer Jatho wird seine Verne vor dem Spruchkollegium in Berlin selbst in aller Ausführlichkeit verteidigen. Die evangelische Gemeinde in Köln ist von dem Oberkirchenrat aufseher worden, zwei Mitglieder zu wählen, die den Verhandlungen des Spruchkollegiums in Berlin beizuhören sollen. Die Wahlen finden am Freitag statt.

Konfessionelles Schan- und Spektakelstück. Die von den Konservativen längst angekündigte Gala-Vorstellung im Rheinland soll nunmehr bestimmt am 7. Mai in Köln stattfinden. Neben zwei wenig bekannten Varietén werden der „starke Mann“ des Dreifachparlaments, Jordan v. Kröcher, und der Direktor des Bundes der Landwirte, Dr. Diederich Dahn, sich vor den Besuchern produzieren. Zu den heiteren Rheinländern, die auch im Mai ganz gern einmal in Karnevalsstimmung sich verliehen lassen, hätte man eigentlich auch den Herrn Glard v. Oldenburg-Januschau schicken müssen.

Handwerkerkongress. Am Freitag tritt im Reichsam des Innern die vor langer Hand vorbereitete Handwerkerkongress zusammen. Es werden Vertreter entsenden: der Verband der deutschen Gewerbevereine, der Deutsche Handwerker- und Gewerksamstag in Hannover, der Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands in Berlin, die Deutsche Mittelstandsvereinigung in Berlin, der Deutsche Handelstag, der Zentralverband Deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen. Außerdem sind beteiligt Vertreter der Reichsämter und der preussischen Ministerien, ferner Kommissare der Regierungen von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Hamburg und Elsaß-Lothringen.

Was haben denn die Schafsmacher vom Zentralverband deutscher Industrieller, die Vertreter des industriellen Großkapitals auf einer Handwerkerkongress zu suchen? Vermutlich haben sie die Aufgabe übernommen, die Vertreter der Regierung zu überwachen, damit sie in ihren Zugeständnissen nicht zu weit gehen.

Krisis in der nationalliberalen Partei in Bayern. Der Vorsitzende Tafel der nationalliberalen Landespartei in Bayern v. d. Rh. hat sein Amt niedergelegt. Die Ursache ist im Meinungs Differenzen mit dem Vorsitzenden der liberalen Landtagsaktion, dem Daxreuther Oberbürgermeister Dr. Casselmann zu suchen. Da in der letzten Sitzung des nationalliberalen Landesausschusses, die am 2. April in München

Fliegender Sommer.

Erzählung aus dem Dänischen von Andersen-Kopie.

1) (Nachdruck verboten.)

Peter und Paul waren zwei kleine Geschöpfe aus jenen Zeiten, in welche die Sonne nicht so selbstverständlich hinstrahlte, wo die Schöpfung sich gleichsam selbstständig entwickelt hat und allen Glanz aus eigenen Mitteln spendet; daher kam es wohl, daß die beiden kleinen für ein paar richtige Glücksfinder hielten und dabei demnach der Empfehlung leben konnten, daß sie noch alles Mögliche jagten. In Wirklichkeit hielten sie jedoch nicht mit der Mutter in einem kleinen Loch der Arbeiterwohnungen und waren nach alter Brautzeitrechnung erst mit neun Jahren alt. Dies bedeutete lang und gut den Zeitraum der besten Jahre war, jetzt sie ins Meer getrieben waren und ihre Bemühungen gänzlich ergebnislos blieben. Keine Jünglingsjahre in Schweden hatten sie, aber wollten sich doch wohl das Glück in Form einiger Brotkrumen erschaffen, wenn man gerade zurecht kam. Sie beharrten nicht langer Zeit, bis sie zu orientieren. Das Kapitel des Beginners, durch Schweden trotz eines cholerischen zu wollen, von dort herein einzufahren, gingen sie sorglich daran, auf eigene Faust für das Glück zu sorgen.

Die Orientierung spielte keine Rolle. Sie bestanden lediglich in der Erkenntnis, daß es an einem Orte, und mit dieser Kenntnis war sie teilweise schon geboren. Um so mehr Nachdruck konnte man auf alles weitere legen.

Was ihnen Unrecht betraf, so hatte er sie vollständig im Blick gefaßt und sich in mühseliger Form zurückgezogen — einem Götze gleich, der sich einmal die Erde behauptet hat. Seine über jeden Zweifel erhabene Epochen hatte er schließlich durch das Verschwinden der beiden kleinen behauptet, um so lange Frieden in den Welten zu verbleiben. Andere Menschen waren nicht zurückgezogen, so nicht einmal ein Baum. Hier er auch gesehen sein würde, so hatte er mit glücklicher Geduld die Erde der Schöpferhand gewährt und sich jeder weiteren Sorge entzogen; nun konnte er unerschrocken unterhalb des Horizonts in unerschütterlicher Ruhe und demütig sich hinstellen, seinen Blicken das Glück anderer zu meiden. Nicht einmal der Unerschrockenheit der Mutter hat irgendwelchen Schaden die beiden kleinen Jünglinge. Und es hatte der Schöpfer, als er sie in die Welt gesetzt hatte, den beiden kleinen, die sie zu finden hatten, — das aber nicht — das eine einzigermaßen, beherrschenderen Art, als die gewöhnliche Tageszeiten sie zu finden hatte — die die Welt war, so hielt sie mit aller Macht an dem Glau-

ben sein und die Stadt, die die Mutter ihrer kleinen Welt gewollt hatte, hielt über dem Ozean schweben als dunkle Verheißung. Und hier es demnach über ihnen wie etwas, das jeden Augenblick dahersfahren und ihre letzte armselige Habe aufs Verhängnis bringen konnte, daß wieder war es das Glück selbst, das über's Meer zu ihnen heimkehren sollte.

In Gegenwart zu diesem ewig Schwebenden, Ungewissen repräsentiert die Mutter den beiden Jungen die Handreichlichkeit in Perlen, das unter allen Umständen sichere und Verlässliche: sie war mit und wachend wie die Erde, die die beiden kleinen trug. Der Rest war verlässliche Seele, die nach Kräften auszufüllen, ihre eigene Aufgabe war.

Der Geburt aus mit einem unerschöpflichen Vorrat an Geduld ausgestattet, sah sie während die Mutter bei der Arbeit war, sich in je einer Ecke des alten Sophos und glückten einander an mit je nach Bedarf bedauerlicher Erfahrung, die die Arbeit als Wagnisgabe trübte. Sie legten ha-ha mit einer gewissen Welt von Schwämmen, spielten mit den Fingern die Hände aus dem Erdbeeren und riefen ha-ha mit einem alten Gesangslied, der für den Dampfbetrieb der Mühseligkeiten sorgen sollte, in die Säue — alles, was bei deren Raum auszufüllen; und konnten sie nicht mehr, so wendeten sie sich in Schlaf. Denn es war ihnen die Mutter heimzuwenden, um nach ihnen zu sehen, und jedesmal hatten sie irgend einen Fortschritt in ihrer wunderbaren Entdeckung zu verzeichnen.

Einmal Tages hatte der Mutter das Eitzen und Drehen schon fast vergessen, er ließ sich am Sophosende auf den Kopf nieder und riefte sich mit Hilfe des Kniebeines wieder auf. Als die Mutter heimkam, war sein kleiner Schädel die Welt ein Stück — aber er konnte gehen! Und ein Stück später war er schon, nicht auf als Zeitungsbesitzer zu den werden.

Nun waren sie, wie gesagt, erst mit neun Jahren und hatten schon seit langem ihren Teil der Versorgung übernommen.

Es war außerdem ein ganz gewöhnlicher Tag. Die Sonne schien zwar mit bewundernswürdiger Freude, die in dem mühseligen Erleben der Schöpfergeschöpfen Widerhall fand; sonst aber war alles wie immer. Die fünf Uhr Glocke war die Mutter wie gewöhnlich zur Arbeit gegangen; nun ließ sie die kleinen die Nachbarn. Frau Eger, an die Wand angeschlossen, die beiden Jungen waren aufstehen und hatten der Tag mit gutem Humor begonnen. Peter brachte die Erde in Ordnung und hatte die Wurzeln für den Gemütskranke ein, während Paul in Richtung der Jünglingsjahre die Knechtchen abließ, was die kleinen mit unerschütterlichen Truppen gab.

Jetzt waren die Morgenstunden erlosch, sie saßen in der engen Stube und aßen ihr Frühstück. Mit der ersten Krücke

war es vorbei, sie schwachten nicht und baumelten nicht in mühsamem Drang nach Beschäftigung mit den Beinen, sondern hockten lässig über ihrem Frühstückstisch, als sei ihnen plötzlich das Einlösen ihres ganzen Tuns klar geworden. Die Schwundkraft war ausgegangen. Auch dies war nichts Ungewöhnliches, sondern wiederholte sich Tag für Tag um dieselbe Zeit; es war wie eine plötzliche allgemeine Erschlaffung.

Wichtigkeit war es nicht. Sie waren schon tüchtig abgehärtet, und die Anstrengungen des Morgens wirkten bloß als ein munterer Aufstich zum Tage. Es gab für jede einzelne Tagesstunde hundertlei herrliche Verwendungen, die sie selbst und ihr armes kleines Heim zum Mittelpunkt hatten. Sie und die Mutter hatten sich mitten in der Seele allmählich eine ganze kleine Welt geschaffen, mühselig zusammengeklüftet aus Abfällen des großen Sonnensystems, eine Welt, die sich den großen Sorgen nicht angeschlossen, sondern ihren eigenen Weg im Weltensystem ging — mit ihren eigenen armseligen Mitteln; es kostete eine nie versiegende Anstrengung, sie im Ganzen zu erhalten und vor Zusammenstößen zu bewahren. In ihren erworgenen kleinen Händen trugen sie bereits jeder ihren Stübchen und stülften sich wohl und glücklich dabei.

Aber eben neulich erst hatte eine große Hand von außen her sich nach ihnen ausgebreitet. Sie durften nicht mehr frei umherstreifen; sie sollten unter das System gebracht werden. Zum ersten Male merkten sie, daß irgend jemand einen Gedanken auf sie und ihresgleichen verwandte, aber diese Anteilnahme verriet sich bis auf weiteres lediglich in einer widerwilligen Lethargie, die sie jeden Vormittag einige Stunden lang auf eine Bank niederzwang, ihrem eigenen Tun und Handeln unerbittlich Einhalt gebot und sie den Stand alles dessen einzuweichen ließ, was andere im Verlaufe aller Zeiten geworden und geleistet hatten. Und dieser Eingriff erhob gar noch den Anspruch, als Wohlthat aufgeführt zu werden. Konnte sie des Nachmittags heraus, so hatte die Arbeit sich tüchtig angehäuft, und sie jüngerer sich selbst über Kopf hinein, um den Stand demnach abzurufen.

Doch es etwas geben, das Gesellschaft hielt, mußten die beiden Jungen nicht wohl; ebenfalls aber auch, daß dies Wert war für jene Leute in Betracht kommen konnte, die ihren Mittagspausen für eine ganze Woche hintereinander zu entwerfen, imstande waren. Was ihre eigene Person betraf, so waren sie sich von allem Anfang her darüber, außerhalb zu leben, und hatten sich danach eingerichtet; ein baulicher Gesellschaftsbegriff sollte ihnen genügen, daß der, der sich vom Knechtchen seiner Geburt auf eigene Hand mit seinem Gange und seinen Entdeckungen abzufinden hat, unendlich der Gesellschaft etwas schulden kann.

(Fortsetzung folgt.)

... für die vom Vorkommenden der Landespartei vertretenen Ansicht, daß die Nationalliberalen Anschlag nach rechts suchen müssen, nur eine starke Minorität stimmt, hat Tafel die Niederlegung seines Amtes als Vorkommender und den Austritt aus dem geschäftsführenden Ausschuss erklärt.

Ein liberales Wahlbündnis für Thüringen ist nach längeren Verhandlungen zustande gekommen. Von dem Wahlbündnis werden zwei Wahlkreise, Jena-Neustadt und Koburg, nicht berührt. In fünf Wahlkreisen, und zwar in Eisenach, Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sonderhausen und Reuß i. V., werden die national-liberalen Reichstagskandidaten von der fortschrittlichen Volkspartei unterstützt, während diese in den Wahlkreisen Meiningen - Sildburghausen, Weimar, Sonneberg-Saalfeld und Altenburg von den Nationalliberalen unterstützt werden wird.

In Eisenach, Gotha, Weimar, Altenburg, Reuß, Sonneberg und Rudolstadt wirds nach der Wahl für die bürgerlichen Parteien nichts zu teilen geben.

Ausland.

Der sozialdemokratische Wahlauftritt in Oesterreich.

Die sozialdemokratische Fraktion des aufgelösten Abgeordnetenhauses veröffentlicht ihren Wahlauftritt. Er beginnt folgendermaßen:

„Mit dem schimpflichsten Verfassungsbruch endet die Tagung des ersten Parlaments des gleichen Wahlrechts. Die Regierung wendet sich gegen das Volk, auf das Millionen ihre Hoffnung gesetzt hatten, hochmütig zur Seite und bewilligt sich selbst auf Grund des § 14 das Recht zur Einziehung der Steuern und zur Ausschreibung der Rekruten, das sie von der Volksvertretung nicht erlangen konnte. Und die Vertrauensmänner der bürgerlichen Parteien in der Regierung - Weiskirchner, Hochenburger, Eitzinger, Marsz und Glombinski - bestreiten mit ihrer Unterschrift den Bruch der Verfassung!“

Kundgebung schildert dann den Kampf gegen die Regierung, die eine Regierung des Merkantilismus und der Parlamentarismus, der Teuerung und des Militarismus ist, und stellt die Mitschuld der deutsch-bürgerlichen Parteien fest. Die dieser Regierung stets zu Diensten gestanden haben. Dann fährt der Aufruf fort:

„Im Kampfe gegen diese volksfeindliche Regierung und ihre Mehrheit mußten wir aber auch die bürgerlichen Gegner dieser Regierung bekämpfen. Unsere Opposition ist in diesen verschiedenen von der Opposition der slavischen Union. Wir sind grundsätzliche Gegner der Regierung des kapitalistischen Militarismus; die Parteien der slavischen Union haben kein anderes Ziel, als Sittigen und Mitschuldige dieser Regierung zu werden, und sie stellen nur die eine Bedingung, daß zwei oder drei von ihnen mit dem Ministerium geschnitten werden. Wir wollen die Macht des Parlamentes gegen die Regierung der Kamarilla und des Generalstabes stärken; die slavische Union hat das Parlament durch ihre Obstruktion zerstört und dadurch der Kamarilla und dem Generalstabe alle Macht ausgeliefert. Im Kampfe gegen die Regierung haben wir zugleich den Kampf gegen die Obstruktion, den Kampf für die Arbeitsfähigkeit des Parlaments geführt.“

So erbittert die bürgerlichen Deutschen und Tschechen, Polen und Ruthenen, Südslaven und Italiener gegeneinander gekämpft haben um den Anteil an der Macht, um Ministerwürden und Beamtenstellen, so einig waren sie, wenn es galt, die Forderungen der Arbeiter niederzuschlagen. In dem Kampfe gegen die Arbeiter bilden alle bürgerlichen Parteien eine einzige reaktionäre Masse.

Dreimal haben wir vom Parlament wirksame Maßregeln gegen die Lebensmittelverteuerung gefordert - Maßregeln, deren Durchführung das Elend der Volksmassen lindern, die Erregbarkeit unserer Landwirte im Interesse des armen Landvolkes steigern sollte. Aber alle unsere Anträge wurden von den bürgerlichen Parteien niedergestimmt.

Der Aufruf schildert dann ausführlich die sozialpolitische Arbeit, die die Fraktion im Reichsrat geleistet hat und die infolge der Haltung der bürgerlichen Parteien oder an dem Widerstande des Herrenhauses meist fruchtlos geblieben ist, während die Aufhebung die Hoffnung vernichtet hat, daß wenigstens die Arbeiterversicherungs-gesetze erließig würden.

Mit der Aufforderung, daß die Wähler über die bürgerlichen Parteien Gericht halten und dafür sorgen mögen, daß das zweite Parlament des gleichen Wahlrechts besser werde als das erste, schließt die Kundgebung.

Die geängstigten Schwachen. Die „Kautskypolitik“, die Herr v. Bethmann-Hollweg in seiner Rede gegen Abströmung und wirksame Schiedsverträge proklamiert hat, hat in den „Schwachen“ Staaten, denen sie angeflügelt hat, sie mühten zur Weite der Stärken werden, natürlich gebührende Beachtung gefunden. Selbst ein so gemäßigtes Blatt, wie die „Independence Belge“ schreibt:

Belgien habe aus dieser Rede ernste Lehren zu ziehen. Die Verletzung des Prinzips, wonach der Schwächere das Opfer des Stärkeren werden müsse, ist nicht nur für Belaten eine Lehre, sondern auch für die übrigen Nationen, die überzeugt sein müssen, daß sie entweder stark seien oder das Opfer einer stärkeren Nation sein werden. Diese Erklärungen des deutschen Reichskanzlers bedeuten, daß alle Ideale über die Beschränkung der Rüstungen, sowie Einführung der Schiedsgerichte verschwunden sind, und daß die Auferlegung Bismarcks, wonach der Schwächere das Opfer des Stärkeren sein müsse, zu einem Prinzip der deutschen auswärtigen Politik erhoben wird.

Sobiel wird wohl selbst Herr v. Bethmann-Hollweg klar werden, daß diese Rede die Hoffnung aller Feinde Deutschlands erfüllt und die kleinen Staaten in die Arme Frankreichs und Englands treiben wird, die ihnen bereitwillig den Schutz der Schwachen gegen den heutigetierigen Starlen - so fast das Ausland nun einmal die Rede auf - in Aussicht stellen werden. Aber bezieht der Kanzler des Deutschen Reiches wirklich sich sein Gehalt dazu, um den Ministern des Auslandes ihre Geschäfte zu erleichtern?

Durand und sein Arzt. Durch einen merkwürdigen Zufall ist der Gewerkschaftsführer Durand im Irrenhause von Quatremare der Obhut des Mannes anvertraut, der den irrischen Schuldpruch vor dem Schwurgericht in Rouen verkündet hat und somit das Todesurteil indirekt veranlaßt hat. Dr. Gallemant, der Oberarzt der Irrenanstalt, war nämlich Obmann der Geschworenen von Rouen im Prozeß Durand.

Landung indischer Truppen auf türkischem Gebiet. Der Vasi von Vassorah telegraphiert nach Konstantinopel, daß ein Detachement indischer Truppen, bestehend aus einem Offizier, zwei Unteroffizieren und 36 Mann, in Vassorah gelandet sind. Die Truppen, die mehrere Kisten Munition mit sich führten, kampieren in der Nähe der Quarantänestation. Weder die türkische Regierung noch die Gouvernementsbehörden waren vorher von dieser Landung verständigt oder um ihre Erlaubnis dazu ersucht worden. Der das Detachement befehlende Offizier erklärte dem Vasi auf Befragen, daß diese Landung zwecks Unterdrückung des Waffenschmuggels am verfallenen Ort erfolgt sei. Die Flotte hat alsbald die englische Regierung um Aufklärung gebeten und sie ersucht, die Zurückziehung der indischen Truppen zu veranlassen.

Die Sage in Marokko. Den letzten Erwerbungen aus Tanger zufolge, verfolgt der Sultan den Plan, die vertriebenen Stämme für sich zu gewinnen, indem er ihnen große Vorteile verpricht, wenn sie gegen die ihm feindlichen Stämme vorgehen. Er hat ihnen u. a. die vollständige Steuerbefreiung versprochen, wenn sie ihm ihre Truppen zur Bekämpfung seiner Feinde zur Verfügung stellen.

Das amerikanisch-russische Eisenbahnprojekt in China vor dem Abschlusse. Die „Agence d'Extreme Orient“ meldet: Nach längeren Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland geht das Projekt einer Eisenbahn zwischen Kinkou und Uigun feiner Verwirklichung entgegen. Es wird gleichzeitig über eine Anleihe von 40 Millionen Dollars verhandelt. Engländer und amerikanische Ingenieure werden vertrauenswürdig angestellt. Der Abschluß der Verhandlungen, die sich nur noch auf Einzelheiten beziehen, steht bevor. Zum Direktor des Unternehmens wurde vom Vizekönig der Mandchurei der bei der Niederwerfung der Revolution bekanntgewordene Mandarlin Sen-chin-chub ernannt.

Parteiangelegenheiten.

Eine interessante Erinnerung. Dieser Tage meldete sich der im Jahre 1830 geborene, und am 20. März 1848, also als 18-jähriger Jüngling, einer der Träger war, die den Sarg 85 in dem ein am 18. März erschossener Weber ruhte, nach dem Friedhofshain geleiteten. Der Pastor Sydow habe bei jener Gelegenheit den Ausspruch getan, daß der gefallene Weber als Held gestorben sei. Der damals junge, heute 81-jährige Mann heißt L. P. Behold, ist seines Zeichens Gärtner und Dampfbadbesitzer in Kirchberg i. S. und gehört in Konsequenz der Grundzüge seiner Jugend heute zur Sozialdemokratie. Wir stehen vor dem wackeren Alten den Hut.

Neue Antia. Wegen Abdruck von Zolas Roman „Arbeit“ ist gegen den Verantwortlichen des „Vochumer Volksblattes“ vom dortigen Orien Staatsanwalt die Voruntersuchung eingeleitet. Die Untersuchung stützt sich auf § 184 und 184a des St.-G.-B. (Verbreitung unächtiger Schriften).

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Kirchberg, 6. April. Die Friedberger Elbeschleiferbände. Zum neunten Male beschäftigte sich am Dienstag und Mittwoch das hiesige Schöurgericht mit der Friedberger Elbeschleiferbände. Ueber das Treiben dieser Gesellschaft sei folgendes in Erinnerung gebracht: Schon lange bestand, besonders in Anwaltskreisen, der Verdacht, daß in der Friedberger Gegend eine richtige Organisation von Leuten existieren müsse, die gewohnheits- und gewerksmäßig in Straß, aber noch mehr in Zivilprozessen Meineids leisteten. Nur mit sehr großer Mühe gelang es, die Bande zu fassen und nach und nach in verschiedenen Fällen des Meineides zu überführen. Die verschiedenen männlichen und weiblichen Mitglieder der Bande wurden zu längeren Zuchthausstrafen verurteilt, die zusammen rund 30 Jahre Zuchthaus ausmachen. Zum größten Teil haben die Betreffenden die Strafen bereits verbüßt, so daß sie sich wieder in Freiheit befinden. Die höchste Strafe erhielt der Färbereimeister und Zigarettenfabrikant Adolf Kunkel aus Köhrsdorf gräflich, her als das gefällige Haupt der Bande festgesetzt wurde, nämlich zusammen 9 1/2 Jahre Zuchthaus, die er jetzt noch verbüßt. Kunkel ist aber so krank, daß er der Verhandlung auf einer Tragbahre liegen und betwohnen muß. In der letzten Verhandlung, die zwei Tage in Anspruch nahm, waren angeklagt: die Schneiderin Julie Grimm, geb. Meißig, aus Gilmberg, wegen Meineids in drei Fällen, der Provisionsreisende Oswald Müller aus Friedberg a. O., wegen Meineides, der Fuhrunternehmer Wilhelm Liebelt aus Friedberg a. O., wegen Meineides und der Färbereimeister und Zigarettenfabrikant Adolf Kunkel aus Köhrsdorf gräflich, wegen Anstiftung zu diesen Meineiden. Wie immer bei den Verhandlungen gegen die Elbeschleiferbände, handelt es sich auch hier um eine recht uninteressante Sache, diesmal um einen Begehrten. In zwei Prozessen wegen dieses Streites sollen nun auf Anstiftung des Kunkel eine Anzahl Meineide geleistet worden sein, die namentlich unter Anklage stehen. Alle vier Angeklagten konnten jedoch des Meineids nicht überführt und mußten daher freigesprochen werden.

Kirchberg, 6. April. Verbotener Umgang mit eigenen Töchtern. Montag früh wurde, wie der „G.-V.“ meldet, der Handelsmann Finkle von hier unter dem Verdacht verhaftet, mit seinen drei Töchtern, die teilweise noch im schulpflichtigen Alter stehen, verbotenen Umgang gepflegt zu haben.

Charlottenbrunn, 6. April. Totschlag. Im Streit erschlagen wurde der arbeitslose Schuhmacher Robert Keil aus Charlottenbrunn, von seinem Gefährten, dem Fleischer Josef Stephan aus Panthenau. Auf ihrem Streifzug kamen sie bis nach Pulchowitz bei Canth, wo sie sich in angelegentlichem Zustande in einem Strohhocker zum Schlaf niederlegten. Am nächsten Morgen wurde Keil als Leiche aufgefunden. Stephan gab an, den Totschlag im Verlaufe eines Streites verübt zu haben.

Muslan, 6. April. Preussische Schulzustände. Beim Kinder der hiesigen Gemeindeschule konnten in diesem Jahre nicht verlesen werden, weil für sie in der nächsten Klasse - kein Platz vorhanden war. Ihr Jenseitbuch enthielt den Vermerk: „Nicht verlesen wegen Platzmangel“. Unter den Eltern herrscht deswegen große Entrüstung, die nur begründet ist, denn die Kinder waren vollauf reif, um verlesen werden zu können. Die Schuld fällt ja schließlich auch nicht dem Rektor zu, sondern den preussischen Schulzuständen überhaupt. Man baut lieber Kasernen und Kriegsschiffe, läßt Kanonen gießen und

Bulwer fabrizieren, als daß man für Schulzwecke die notwendigen Gelder ausgibt. Haben unter diesen Verhältnissen doch nur die Kinder der Arbeiter zu leiden. Für diese ist die schlechteste Schulbildung gerade gut genug, eine bessere könnte unter Umständen gefährlich für das „Staatswohl“ werden.

Wimpf, 6. April. Der Ueberfall auf die Gräfin. Ein Aufsehen erregender Ueberfall wurde am Sonnabend auf die Gräfin Stillfried, geb. Strachwitz, unweit des Herrenhofes Silbich, unternommen. Die Gräfin unternahm am Spätnachmittag einen Spaziergang in der Nähe am Groß-Kriegnitz zu. Dort begegnete ihr ein Mann, welcher grüßend an ihr vorüberschritt. Wenige Augenblicke später fiel jedoch der Mann, offenbar in räuberischer Absicht, über die Gräfin her. Zwischen ihr und ihrem Angreifer entspann sich ein hartnäckiger Kampf, bei dem es ihr gelang, den Händen ihres Bedrängers sich zu entziehen. Nach dem Ueberfall wurde sofort das Gelände im weitesten Umkreise durchsucht, und es ist, wie die „Presl. Jta.“ zu melden weiß, gelungen, ihn in der Person eines Arbeiters aus dortiger Gegend zu ermitteln.

Aus Oberschlesien.

Neustadt O.-S., 6. April. Die Ausperrung der Lederarbeiter dauert unverändert fort; die vom Gaukler des Verbandes mit Herrn Reicha herbeigeführte Unterhandlung verlief resultatlos. Herr Reicha behauptet, durch die Arbeitsniederlegung geschädigt worden zu sein, obwohl er doch selbst die Arbeiter ohne Kündigung entlassen hat. Vor dem Gewerbegericht wird sich ja zeigen, wer der schuldige Teil ist; ein Lederarbeiter hat wegen der Entlassung Klage eingereicht. Eine interessante Rolle spielen bei der Ausperrung übrigens die Christlichen. Es kommen von ihnen vier Mann in Betracht, und man stellt an sie das Ersuchen, sich solidarisch zu erklären und den Betrieb zu verließen. Die Christlichen lehnten das Ersuchen ab, was um so schmachvoller ist, da sie die Forderungen der freigeorganierten Arbeiter selbst als vollauf berechtigt anerkennen. Aber Herr Reicha ist selbst ein christlicher Mann und so glauben die christlichen Heiden den Kaufleuten spielen zu müssen. Ihre verächtliche Haltung zeigt so recht, was sie eigentlich sind - Streubrecher.

Ratibor, 6. April. Schweres Gewitter. Ein schweres Gewitter zog vorgestern Nachmittag in unserer Gegend auf. Der Hagel schlug in ein Gebäude des Herzogs von Ratibor auf Schloß Rauden und entzündete es. Das Gebäude brannte vollständig nieder. Der Schaden ist beträchtlich.

Beuthen O.S., 6. April. Schon wieder der Schießprügel. Ein hiesiger Bäckerjunge hat bei dem Besuch, den er einem hier in Lehre befindlichen mit ihm verwandten Bäckerlehrling gemacht hat, letzterem einen Revolver gezeigt. Der Lehrling nahm den Revolver in die Hand und brachte durch unvorsichtiges Pantieren die Waffe zur Entladung. Das Geschloß drang um unvorsichtigen Lehrling in den einen Oberkiefer. Im städtischen Krankenhaus wurde die Kugel auf operativem Wege entfernt. Der Lehrling nahm den Revolver wieder an sich, ging in die Wohnung seiner Mutter und schoß sich eine Kugel in den Kopf. Schwerverletzt wurde er nach dem Krankenhause gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt. Er hat die Besinnung noch nicht zurückerhalten.

Rattowitz, 6. April. Ein zweiter Reinfall. Dem christlichen Valersekretär Wohlgenut aus Königsberg, der sich kürzlich in Glogau bei seinem ersten Auftreten eine gründliche Abkur holte, wird immer schlechter zumute. Sein Debüt in Rattowitz wird ihm über die Stimmung der schlesischen Valergehilfen gründlich die Augen geöffnet haben. Birta 80 Kollegen hatten einer ganz verstoßen erfolgten Einladung zu einer Versammlung Folge geleistet, unter denen sich nur ein halbes Duzend Christliche befand. Den Ausführungen des Referenten, der ja in erster Linie sich mit der Sozialdemokratie beschäftigte, trat Koll, Olmanns aus Beuthen entgegen, der unter tümischen Beifall den Christlichen ihr Bild im Spiegel zeigte. Ein Sonderkapitel wurde dem Verhalten der christlichen Valer gegenüber ihren Kollegen und dem Tarife gelesen und als dann noch der christliche Agitator den Versuch machte, alte Schlagworte der Städtischen Schule hier zur Geltung zu bringen, war für ihn ein schleuniger Rückzug mehr als geboten. Derselbe warme Empfang wird ihm in anderen Orten Oberschlesiens zuteil werden. Erfahrung bildet den besten Lehrmeister.

Zabrze, 6. April. Ein schweres Hochofen-Unglück ereignete sich Dienstag auf der Donnerstmarkt-Hütte. Nach Ausblafen des vor einigen Monaten in Betrieb gesetzten Hochofens I waren 6 Arbeiter mit dem Deffnen und Reinigen des mit Zinkstaub gefüllten Waschkastens und der Gefläse-Vorrichtungsröhre beschäftigt. Als die Arbeiter nach längerer Zeit wieder zum Vorschein kamen, wurde nach ihnen nachgefragt und fünf von ihnen wurden bewußlos aber noch lebend hervorgezogen, während der sechste, Arbeiter Krühl, erst nach längerem Suchen in einer Röhre, die er reinigen wollte, und in der noch glühende Zinkaubreste vorhanden waren, vollständig verbrannt aufgefunden wurde. Die 5 geretteten Arbeiter wurden nach längeren ärztlichen Bemühungen wieder zu sich gebracht und dürften am Leben erhalten bleiben. Wer die Schuld an dem schweren Unglück trägt, ist noch nicht festzustellen.

Zabrze, 6. April. Gefahren der Arbeit. Auf der Schleiengrube verunglückte der Häuer Kulanie aus Bohlenlande durch einen zu früh abgegangenen Sprengschuß. Kulanie, Vater von mehreren unmündigen Kindern, wurde nach dem Knappschafstazarett gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt. Auf der Heintzgrube bei Beuthen verunglückte der Grubenarbeiter Leida aus Gollowitz. Durch herabstürzendes Gestein erlitt er dreiartig schwere Kopfverwunden, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Dorf. - Redaktion und Expedition: Neue Gewerkschaft 7. - Verlag von Oskar Schö. - Druck von Th. Schö. G. m. b. H. - Jährlich in Berlin. Preis 2 Mark.

Die junge Mutter ist oft im Zweifel, was sie dem Kinde nach der Entmündigung für Nahrung geben soll. Der Zufall von „Kufete“ zur Milch erhöht den Nährwert derselben, und die „Kufete“ Suppe wird von Kindern gern genommen und gut vertragen.

MAGGI Kräftige Bouillon mit **MAGGI** Bouillon-Würfeln zu 5 Pfg. macht man am besten und billigsten

Sie sind mit allerbestem Fleischextrakt hergestellt und enthalten bereits feinste Gemüse-Auszüge sowie das edelste Kochsalz und Gewürz.

Originalabpackung zu 10 50 100 200 500 Würfeln
N. - 50 240 475 925 20-

Der Name **MAGGI** bürgt für vorzügliche Qualität!

Für 1/2-1/4 Liter je nach Geschmack

1750

und
Oese
nach
Koc
Abg
ger
hier
mim
Schif
mann
wäre
zu
ich
tu,
leht
a
durch
hurch
weg
ist
a
des
preu
güter
gend
regeln
gan
haben
aufge
mit
a
sonst
sich
Wirt
freht
Derr
Reich
48
Se
Gefar
lieft
stim
ausge
kunft
weag
ruffte
genan
korn
Der
mund
gefäß
Gebh.
besser
Hand
nicht
Refol
den
Wir
lichen
die
Natur
hafte
ten
d
mäßig
suchen
und
bei
zeit
johor
beiter
Durch
Gepin
antäre
und
leiden
Bach
Eoz.)
Etabli
trossen
in
Gehr
Mühle
hätten
in
eine
Bige
den
fol
Hoben
güthel
Benn
9
5
Ansch
gen
h
weifen
Hofe
gen
h
Dor
die
zu
h
einer
Habe
glaben
loblich
besten
Gepin
no
la
Derr
Koc
Hoben

Heut nachmittags 3 Uhr entschlief nach langen schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Bruder, Vater, Schwiegervater, Grossvater und Onkel, der Restaurateur

Ernst Johnsdorf

im Alter von 59 1/2 Jahren.
Um stilles Beileid bitten
Breslau, den 4. April 1911.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause Opitzstrasse 59 aus, statt. 1873

Verband der Maler, Lackierer u. Anstreicher.
Am 4. April verschied unser Kollege, der Lackierer

Ernst Johnsdorf

im Alter von 59 Jahren. 1877
Ehre seinem Andenken!
I. A. Die Filialverwaltung.
Beerdigung: Freitag, den 7. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von Opitzstrasse 59 nach Gräbschen.

Am 4. April, früh 8 Uhr, verschied nach langen schweren Leiden unser Freund und Kollege, der Bauarbeiter

Albert Lachmann

im besten Mannesalter von 33 Jahren. 1850
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Seine Freunde.
Klose, Wolf, Kollrer, Felerabend, Skuph, Vogel, Berthold, Weber, Kusche, Döring, Hahn, Scholz, Bund.

Am 4. d. M. verstarb nach einem langen Krankenlager unser treuer Verbandkollege, der Bauhilfsarbeiter

Albert Lachmann

im blühenden Alter von 36 Jahren an der Ploietierkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder d. deutschen Bauarbeiterverbandes (Zweigverein Breslau u. Umg.).
Beerdigung: Freitag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Breymannstrasse 3, nach Oswitz. 1870

Zur **Generalversammlung** der gemeinsamen Ortskrankenkasse für Gewerbegehilfen und Arbeiter in den Fabriken zu Liegnitz

am Freitag, den 14. April er., vorm. 10 Uhr, im kleinen Saale des Badehauses 27 werden die am 10. Oktober 1909 gewählten Herren Vertreter ergebenst eingeladen. 1872

Tagesordnung:
1. Rechnungsbericht und Beschlussfassung über die Abnahme der Rechnung für das Jahr 1910.
2. Ergänzungswahl des Vorstandes.
3. Berichtbelegene.
Liegnitz, den 5. April 1911. Der Vorstand.

An allen Orten richtig wie geschäftsgewandtes, gewerkschaftlich und zeitlich Organisiertes

Filiale

Wir, mit Rücksicht auf jede Notwendigkeit, bitten um die Unterstützung der „Bollwerk“, Breslau, Krenz-Grossstrasse 51b, erbitten. 1888

Hentschels Heute **Tanz-Kränzchen** bei freiem Zutritt. 1886
Krenz-Gross-Str. 51b, Besondere elektrische Beleuchtung durch sechs 10000 Ergo-Lampen. **Eintrittsgeld.**

Wilhelmsburg Heute **Tanz-Kränzchen** bei freiem Zutritt. 1886
Krenz-Gross-Str. 51b, Besondere elektrische Beleuchtung durch sechs 10000 Ergo-Lampen. **Eintrittsgeld.**

Bergkeller. 1879
Zit. Otto Niedermann.
Heute **Donnerstag: Schönes Kränzchen** vor dem Hause. Bei der Festen-Bekanntmachung erhält jede Person ein Obst. **Eintrittsgeld 2 Pf.** Ein. ein. Halbes. **Eintritt frei.**

Sollvorstellung 1910/11.
Für die Mitglieder des Gewerkschaftlichen Vereins.
Sonntag, den 9. April
nachmittags 2 1/2 Uhr:
Thalia-Theater.

Uriel Acosta

aus Genua.
I. Rang 0,70 Mk., Parterre und Balkon 0,50 Mk., Balkon und Sperrsitze 0,30 Mk., II. Rang 0,20 Mk., III. Rang 0,10 Mk.

Stadt-Theater

Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Capitol Walter Günther-Braun
„Fra Diavolo“.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Büchse der Sünde“.
Sonabend 7 1/2 Uhr:
„Der Freischütz“.
Sonntag nachmittags 5 1/2 Uhr:
„Als Orléans“.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Carmen“.

Lobe-Theater.

Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Die Geisha“.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Glaub und Gehmat“.
Sonabend 7 1/2 Uhr:
„Das Musikantenmädchen“.
Sonntag nachmittags 5 1/2 Uhr:
„Ein Walzertraum“.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Glaub und Gehmat“.

Thalia-Theater.

Donnerstag abends 7 1/2 Uhr:
Gruppe J. & S. S. S. S. S.
„Die Großadmiral“.
Sonabend 7 1/2 Uhr:
Gruppe K. & S. S. S. S. S.
„Die Großadmiral“.
Büchse der Sünde am Lager bei Bestellung von 10-2 Uhr im Stadt-Theater und an den Abend im Thalia-Theater.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
„Der Graf von Engenburg“.
Büchse der Sünde am Lager und Sonntag von 10 bis 9 Uhr im Stadt- und Thalia-Theater.

Schauspielhaus

Donnerstag 8 Uhr:
„Die Helden“.
Freitag 8 Uhr:
„Der Iphigenie“.
Sonabend 8 Uhr:
Premiere
„Was hat Mimi“.
Sonntag 8 Uhr:
S. S. S. S. S.
„Die Helden“.

Loblich's Etablissement.

Hartstein

und das neue April-Programm.
Ausang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater

Neues Programm!
➔ 20 ➔
engl. Backfische
und 11 weitere Attrakt. aus.
Krenz 7 1/2 Uhr.
Zust. nachmittags 6 Uhr.

Zeltgarten

Budapester

Folies Comique
Possen-Ensemble.
2 Burlesken
Novitäten.
Ausserdem:
Bunter fest.
Entree 30 Pfg.

Rauchen erlaubt.
Vornehmstes u. größtes
Kinotheater
Theater
Schlesiens
BIOSCOPEUM
Breslau
Nicolaisstr. 27
Nähe Königsplatz
Zit. 1000 Plätze.

Kein Mißbrauch und Saubere
Programmwechsel.
Der grosse 1884
Weltschlager:
Die
Versuchungen
der Grossstadt
nur noch 2 Tage
und das sensationelle
Nissa-Programm!
„Nissa-Programm“ bereits bekannt.

Freie Religions-Gemeinde

Breslau G. B.
Sonntag, den 9. April,
früh 9 1/2 Uhr:
Jugend-Weihe
in der Erdmühlengasse, Gröbstr. 14/16.
Nachm. 4 Uhr:
Feier
im Gewerkschaftshaus, Moravienstr. 17.
Klavier- u. Violin-Vorträge,
Reklamation, 1867
Theater - Tanz.
Gäste willkommen.

Palmengarten

2 neue Kapellen 2
Damen-Blasorchester
„Lyra“
und
D'Ruppertsstaler

Fahrräder

in d-akbar grösster Auswahl
zu a-erbilligsten Preisen
Spezialität:
Viktoria
Arbeiter - Strapazier - Rad
allererston Ranges
mehrjährige schriftliche Garantie.
Gleichzeitig empfehle ich die in
meiner eigenen Werkstatt
verfertigten
Stabil-Fahr- räder
auf Rennbahn und Strasse seit
Jahren bestens erprobt.
Reparaturen schnellstens u. zu
kleinsten Preisen.
Es richte Räder von 15 Mk. an.
Fritz Killmann
Gröbshenerstr. 29
Telephon 4084.
Sämtliche Ersatzteile sowie Pneumatik
aller Fabrikate stets am Lager.
(Siehe Bezugsquellen-Verz.)

Brot! **Brot!**
Extra billiger.
Qualitätsbrot im Roggenbrot
Zit. 40 Pf., Weizenbrot 35 Pf.
1882 **Bäckerei Hildebrandtstr. 3.**

Telephon 5752.
Das Schönste **Das Beste**
in Qualität und modernen Formen bringen wir in unseren Preislagen
590 675 850 975 1883
für schwarze und farbige **Damen- u. Herrenstiefel**
in hochheleganter Ausführung.
Orig.-Goodyear-Welt 975 1150 1450 1650
(System Handarbeit).
Turnschuhe - Sandalen **Kinderschuhe** gr. Auswahl!
Segeltuchschuhe. billige Preise!

Grösstes
Schuh - Haus
in Breslau
part. 1., II.,
III., IV. Etage.
Taucher
G. m. b. H.
Reussstr.
15
Ecke Reussenabte.



Freie Religions-Gemeinde

Breslau G. B.
Sonntag, den 9. April,
früh 9 1/2 Uhr:
Jugend-Weihe
in der Erdmühlengasse, Gröbstr. 14/16.
Nachm. 4 Uhr:
Feier
im Gewerkschaftshaus, Moravienstr. 17.
Klavier- u. Violin-Vorträge,
Reklamation, 1867
Theater - Tanz.
Gäste willkommen.

Schul-Anzüge

aus nur
haltbaren
Stoffen.
Spezialität:
Samt-
Manchester
Gustav Knauerhase
Inhaber: Oskar Dehmel
Neumarkt 45, Albrechtsstrasse 6
gegr. 1833 - Tel. 4779
Jeder Versuch bringt neue Kunden!

Uhren,
Fahrräder, Sprechmaschinen,
Instante Reparatur-Gelegenheit.
Schallplatten, Fahrradteile
bekannt billigt.
Leo Lebram,
Uhren- und Fahrrad-Handlung.
Hrsgasse 32. 1456

Freiburg.

Zur Osterbäckerei!

Bis 14. April 1911 verkaufe ich
1 Pfund Muldenperle
(feinste Tafelmargarine) und
1/2 Pfund garantiert reine Blockschokolade
zusammen für 90 Pf. 1878
Hermann Träger, Landesbutterstr. 24

Ausstellungs-Räume in 6 Etagen!

Möbel-Einrichtungen

in jeder Preislage.
Langjährige Garantie. Billige Preise.
Krimke & Co., Neue Graupenstr. 7
am Sonnenplatz

Georg Frey & Co.

Neue Waffe.
Bei dem Renditeanwachs der Orlé-
trantentlasten, Fadel, Handel, Bau, Wasser
und IV ist die Stelle eines
Expeditienten
zum 1. Mai zu besetzen.
Gelegene Bewerber wollen Gesuche
mit der Aufschrift „Bewerbung“ verschlossen
bis 11. d. Mts. bei dem Vorsitzenden,
Herrn Hermann Richter, Schloßstr. 25,
einreichen. 1871
Anfangsgehalt 1200 Mark.
Liegnitz, den 5. April 1911.
Der Vorstand.

Gestohlen

billig ist meine „Spezialität“
Jeder **195**
Herrenhut 1 M.
fein und weich, hochmodern
für Herren 35 Pf.
Knoten von 35 Pf.
Gut-Fabrik-Niederlage
Schmiedebrüde 17/18
Filiale Albalberstr. 6.

Freiburg.

Zur Osterbäckerei!

Bis 14. April 1911 verkaufe ich
1 Pfund Muldenperle
(feinste Tafelmargarine) und
1/2 Pfund garantiert reine Blockschokolade
zusammen für 90 Pf. 1878
Hermann Träger, Landesbutterstr. 24

Ausstellungs-Räume in 6 Etagen!

Möbel-Einrichtungen

in jeder Preislage.
Langjährige Garantie. Billige Preise.
Krimke & Co., Neue Graupenstr. 7
am Sonnenplatz

Ausstellungs-Räume in 6 Etagen!

Möbel-Einrichtungen

in jeder Preislage.
Langjährige Garantie. Billige Preise.
Krimke & Co., Neue Graupenstr. 7
am Sonnenplatz

Arbeiterbewegung.

Die Tabakarbeiter der Firma Scholz in Canth, Weizel Breslau, sind ausgesetzt worden. Sie hatten eine Lohnforderung eingereicht und außerdem besseres Material verlangt. Das war der Firma zu viel; sie warf die Arbeiter, die auf ihren Forderungen bestanden, auf die Straße. Die unorganisierten arbeiteten weiter. Unter den Ausgesetzten befinden sich Leute, die 20 Jahre bei der Firma beschäftigt waren. Daraus sieht man wieder, wie herrlich es mit der Versorgung der Arbeiter bis ins hohe Alter bestellt ist. Zugang ist fernzuhalten. Die Arbeiterpresse wird um Nachdruck gebeten.

Die Dachdecker eilten in Posen sind am Dienstag in den Ausstand getreten, nachdem die Unternehmer die geforderte Lohnverhöhung abgelehnt hatten.

Lohnbewegungen im Töpfergewerbe. Der Abwehrstreik der Steinauer Töpfer steht sehr günstig. Der von verschiedenen schlesischen Oefenvereinen über die Steinauer Oefenware verhängte Boykott beginnt sich bereits fühlbar zu machen. In Kottbus ist ein Oefenarbeiterstreik ausgebrochen. Hier schien die Bewegung anfänglich einen friedlichen Verlauf zu nehmen, jedoch zog am 3. April die Meister alle bisher gemachten Zugeständnisse zurück, sodass von den Gehilfen der Streik proklamiert werden musste.

Auch in Polen ist ein Oefenarbeiterstreik ausgebrochen. Die Arbeiter verlangen die Aufhebung des Streiks, worauf von den Gehilfen einstimmig der Streik beschlossen wurde.

In Posen bei Marnberg haben die Oefenarbeiter gleichfalls den Streik proklamiert, weil die Verhandlungen ein befriedigendes Resultat nicht zeigten.

In Lübeck erreichen die Töpfer auf dem Verhandlungswege 5-20 Prozent Aufschlag auf den Lohndienst. Der Stundenlohn wurde auf 70 Pfennig normiert und die Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde verkürzt.

Eine Bewegung der Oefenarbeiter in Neumünster endete mit Schaffung eines neuen, verbesserten Tarifs mit durchschnittlich 10 Prozent Aufschlag. Die Arbeitszeit auf Neubauten wurde von 9 1/2 auf 9 Stunden herabgesetzt.

In den Friedrichsfelder Steinzeugwerken, A. S. Haben, erhielten die Hilfsarbeiter 10 Prozent Lohnanheben. 50 Töpfer wurde dagegen auf ihre erhöhten Forderungen die Kündigung zugestimmt. Zugang von Steinzeugarbeitern und Scheibentüpfelern ist nach Friedrichsfeld fernzuhalten.

In Leipzig haben die Töpfer beschlossen, nur noch bei den Unternehmern zu arbeiten die den in der gemeinsamen Kommission vereinbarten Lohnstarif anerkennen. Es ist dort eine Clique von Meistern, die am Frieden im Leipziger Töpfergewerbe kein Interesse haben und zum erneuten allgemeinen Kampf heizen. Die Taktik der Gehilfen dürfte durch diese Rechnung einen Stich machen.

Achtung, Formier- und Giebereiarbeiter! In der Weiskauer Maschinenfabrik und Eisengießerei G. m. b. H. vorm. L. Lehmann in Weiskau haben sämtliche Arbeiter der Gießerei die Arbeit eingestellt. Schon seit Wochen bestanden dort Differenzen. In voriger Woche kam noch die Mahregelung einiger Arbeiter dazu. Verhandlungen mit den Vertretern der Organisationen waren ergebnislos, deshalb leiten alle Arbeiter der Gießerei die Arbeit nieder. Zugang ist streng fernzuhalten.

Lohnbewegung in der Lederindustrie. In Neustadt a. d. Orla ist allen im Lederarbeiterverband organisierten Arbeitern zum 15. April 1. April 1911 ein Verbot worden, weil sie ihre Forderungen bei den Firmen Gebr. Ehrhardt und A. Lange nicht zurückziehen wollten. Die Arbeiter dieser beiden Betriebe forderten 10 Prozent Lohnverhöhung für die Arbeiter und Wundelöhne für die Hilfsarbeiter, sowie entp. eichende Stundenlöhne für die gelehrten Gerber und für Ueberkum-er und Sonntagssarbeitsentp. eichende Aufschläge. Falls in der Kündigungszeit keine Einigung zustande kommt, kommt es hier ebenfalls zur Ausperrung. In Verracht kommen ca. 200 Arbeiter.

In Göttingen in Württemberg stehen die Arbeiter der Firma Vater in Kündigung, weil die Firma den Wünschen der Arbeiter auf Verbesserung der Löhne kein Entgegenkommen zeigte.

Desgleichen stehen die Arbeiter der Lederfabrik von Joseph Lindner in Rehau in Bayern in Kündigung. Sie fordern ebenfalls 10 Prozent Aufschlag für die Arbeiter und die Regelung der Stundenlöhne. Zugang nach allen diesen Orten ist fernzuhalten.

Der Streik der Schilderhalter und Acker zc. in Hamburg dauert unverändert fort. Der Zugang ist aufs strengste fernzuhalten. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Die alte Geschichte. Eine Bäcker-Aktiengesellschaft in Greiz hatte durch einen Agenten gegen 100 auswärtige Arbeiter für ihren Betrieb anwerben lassen. Nat. rlich, um die Löhne der einheimischen Arbeiter zu drücken. Wie gewöhnlich machte der Agent den Ausländern große Versprechungen, und als die heimatischen Lohnslaven an Ort und Stelle waren, mussten sie erfahren, daß alles Schwundel war. Und zwar muß man ihnen schon ganz Schlimmes geboten haben, denn der größte Teil der Arbeiter meigerte sich, die Arbeit aufzunehmen. Es kam zu Ständalen. Schließlich wurde — wie gewöhnlich — die Polizei mobil gemacht, die zehn Mann verhaftete und die übrigen zum Rückzug über die Grenze schickte. Er endlich mußte der Agent in Strafe genommen werden, der die Arbeiter in betrügerischer Absicht heranzog. So aber mußte sich die Staatsgewalt auf die Arbeiter und wirft sie über die Grenze, weil sie — Rechte haben wollten.

Ausperrung im Hafengebiet Mannheim-Ludwigshafen. Wegen eines partiellen Streiks von 200 Expeditionen- und Getreidearbeitern nahm der Arbeitgeberverband der Hafengebiete eine Ausperrung vor, von der etwa 100 Expeditionen-, Getreidearbeiter und Kranführer betroffen sind, dazu kommen noch 700 Dockwerker und Holzträger. Weiter hat der Arbeitgeberverband 250 Schiffsmaschinisten und Feigern der Rheinischschiffahrt selbständig.

Die Ausperrungsmassregeln im Hafengebiet sind in wieweit auch auf die Arbeiter der Holzindustrie ausgedehnt worden, nachdem die Verhandlungen zu keiner Einigung geführt haben. Die Zahl der betroffenen Arbeiter wird auf mehr als fünf-tausend geschätzt.

Das Gewerkschaftshaus in Kassel. Obdachlos gemacht werden sollen die hausbewohnenden Arbeiter in Kassel. Das Gewerkschaftshaus in Kassel war in der Zeit schlimmsten wirtschaftlichen Niederganges errichtet worden, erstellte sich aber trotzdem einer überragenden guten Frequenz. Wenn das Haus doch nicht gehalten werden konnte, so deshalb, weil mit aller Bestimmtheit gegebene Versprechen der Bauherren, die Hypothek zu beschaffen zu wollen, nicht gehalten werden konnten. Die Bauarbeiten mussten insofern bis zu 10 Prozent verzinst werden. Das konnte die Arbeiterchaft natürlich nicht auf die Dauer erdulden. Die Bauunternehmung liquidierte deshalb und das Haus ging in den Besitz der genannten Bauherren über. Diese waren sehr froh, daß die Arbeiter als Mieter blieben. Es handelte sich um zahlreiche Gewerkschaftsbüros, Arbeiter- und Parteiretariate, einen Konsumvereinsladen, Turnplatz, Erpedition, Buchhandlung und Redaktionen des „Volkswachters“. In dem Hause befanden sich außerdem mehrere Kegel- und ein großer Saal, der einzige, der der Kasseler Arbeiterchaft zur Verfügung steht. Kassel ist ein Vorort des Reichsverbandes; je näher die Reichstagsarbeiten rücken, um so mehr rechnet die Arbeiterchaft mit Uebererwartungen, und da ihr bekannt wurde, daß dem vielfachen Willkür und Vorkommnissen-Verfahren der Hausbesitzer das Haus unter der Hand angeboten worden war, so rechnet die Arbeiterchaft damit, nach vor den Wahlen obdachlos gemacht zu werden. Das tritt jetzt ein; Gendarm hat das Haus gekauft. Das Haus liegt nur eine Meile von seinem Direktionsgebäude entfernt und soll für Bureauzwecke hergerichtet und zum Teil in eine Speisestube für seine Arbeiterchaft umgewandelt werden.

Dockarbeiterstreik in Frankreich. Im Hafen von Breslau ist der Ausstand der Dockarbeiter beinahe vollständig. Achtzehn Schiffe liegen unbeschäftigt im Handelshafen, zahlreiche Kohlendampfer, für die Kriesmarine bestimmt, werden im Hafen von Lannion unter dem Schutz von Polizei und Gendarmie gelagert. Die Ausständigen unternehmen gegen einen Unzuga durch die Stadt unter Abhängung der Internationalen und Vorantragung einer schwarzen Fahne. Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfall. Zwei Bataillone Infanterie sind eingetroffen.

Schreinerperrung in Zürich. In Zürich stehen seit dem 1. April die Schreiner in einer großen Anzahl Betrieben im Streik. In erster Linie wird eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert, die von den Unternehmern mit der Motivierung abgelehnt wird, daß in den schweizerischen Städten eine kürzere als 54stündige Arbeitszeit nicht üblich sei. Die Züricher Schreiner sind dem schweizerischen Holzindustrieverband angeschlossen und behaupten, von diesem die Verpflichtung auferlegt bekommen zu haben, eine Verkürzung der Arbeitszeit unter allen Umständen abzulehnen. Die Züricher Schreiner rechnen mit einer Ausperrung auf der ganzen Linie, deshalb ist Zugang fernzuhalten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. April.

Geschichtskalender.

7. April.

1875 Der Revolutionsdichter Georg Herwegh †.

Osterfreude im Dreiklassenhause. Ehlers ungültig!

Man schreibt uns aus Berlin:

Mit innigem Behagen gehen die Ritter und Hettigen in die Ferien, um in Gottesfurcht und frommer Sitte das schöne Osterfest zu feiern, haben sie doch geschwind noch sich eines lästigen Mitgliedes entledigt, des Herrn Dr. Ehlers, dessen durch die Breslauer Sozialdemokratie entlassener Wahlzettel eine Schlappe des schwarz-blauen Blocks bedeutete. Der fortgeschrittliche Abgeordnete Ehlers machte vergebens auf sehr merkwürdige Erscheinungen bei dieser Wahlprüfung und auf Bereicherungen unseres Parlamentsrechtes von sehr zweifelhaftem Werte aufmerksam. Der konservative Major Stroffer verhöhnte ihn, der doch noch ganz anders ins Zeug gegangen war, als es galt, die in Berlin gewählten Sozialdemokraten aus dem Landtage herauszuwerfen. Aber Genosse Hoffmann hat den Freisinnigen in christlicher Liebe nichts nachgetragen, und auch er zeigte, wie bedenklich die neue Praxis sei. Es ergibt sich daraus der Schluss, daß die Wähler bei den nächsten Landtagswahlen eben dafür zu sorgen haben werden, daß oppositionelle Wahlmänner und oppositionelle Abgeordnete mit solchen Meherheiten durchbringen, daß ihnen kein plötzlich erwachter Reinheitsfanatismus der Dreiklassenmänner die Mandate nehmen kann.

Die Ungültigkeitserklärung der Wahl erweist sich immer deutlicher als eine Gewalttat der schwarz-blauen Gesellschaft, die sich um jeden Preis für die schwere Niederlage rächen wollte. Es ist geradezu ungeheuerlich, welche Spitzfindigkeiten nötig waren, um die Wahl für ungültig zu erklären. Um die „ungültigen“ und „gültigen“ Wahlmänner zu ermitteln, hat die Kommission die ganzen 540 Protokolle der Wahlmännerwahlen von 1908 und 1910 durchgeschmüffelt, eine Arbeit, die sicher viele Tage dauerte. Ueber ihre Entdeckungen, die sie dabei gemacht hat, berichtet die Wahlprüfungskommission:

„In einigen Fällen ist bei Stimmengleichheit erst ein Stichwahl vorgeworfen worden, anstatt sofort zu lösen, in anderen ist falsch gelöst worden. Verschiedene Beanstandungen sind auf grobe Unrichtigkeiten im Protokoll, die den Vorgang der Wahl nicht klar erkennen lassen, zurückzuführen. Die Wahl des Polizeipräsidenten von Oppen zum Beispiel wird für ungültig erklärt, weil der Name des Gewählten nicht hinter den Namen der Urwähler eingetragen ist. Andererseits sind auch wieder kleine Verstöße bei der Abfassung des Protokolls, die zur Ungültigkeitserklärung in den Wahlmännerversammlungen führten, als nicht ins Gewicht fallend angesehen worden. Mehrere Male ist es vorgekommen, daß bei den Wahlmännerwahlen, wo eine Stichwahl vorzunehmen war, nur diejenigen Urwähler aufgerufen wurden, welche im ersten Wahlgange gestimmt hatten. Die Kommission hat entgegen der Entscheidung der Breslauer Wahlmännerversammlungen darin keinen Verstoß gesehen, wenn nur anderen Wählern, die nachträglich erschienen waren, noch Gelegenheit gegeben worden war, ihre Stimme abzugeben.“

Interessant sind zwei Fälle, in denen ein Wahlmann, der bei der Wahl einer vorhergehenden Abteilung gewählt worden war, auch bei der Wahl einer nachfolgenden Abteilung Stimmen erhielt. Der Wahlvorstand des Urwahlbezirks hat diese Stimmen als ungültig erklärt und demgemäß nicht berücksichtigt. Die Wahlmännerversammlung sah darin aber einen Fehler und erklärte die so zustande gekommene Wahl für ungültig. Dieses ist zu Unrecht geschehen. Denn nachdem der betreffende Wahlmann die Wahl angenommen hatte, konnte er in einer anderen Abteilung nicht

Der „National-Heros“ unter dem Scheinwerfer.

(Schluß.)

Auch wegen der Beschäftigung von Paris mußte die in- und ausländische Presse in Bismarcks Sinne bearbeitet werden. Der allzeit wohlverstandene Leihjournalist Busch mußte auch da das Nötige besorgen. Auf einer Seite seines Tagesbuches vermerkt er: „Für die Presse folgendes Thema behandelt: Man behauptet, es könne nicht gestattet sein, Paris mit seinen Sammlungen, Kunstbauten und Denkmälern zu beschließen, es sei das ein Verbrechen gegen die Zivilisation. Warum nicht gar? Paris ist eine Festung; daß man darin Kunstschätze angehäuft, prächtige Paläste errichtet und anderes Schöne geschaffen hat, alteriert diesen Charakter nicht. Eine Festung ist ein Kriegsapparat, der ohne Rücksicht auf das, was sonst mit ihm verbunden ist, unschädlich gemacht werden muß.“ — Funktion: da haben wir die ganze Größe des Kulturmenschen Bismarck. Aber wie sagte er doch selbst einmal, gleich am um sich zu entschuldigen: „Der Krieg ist eigentlich der natürliche Zustand der Menschheit.“ — Daß diese bismarckische Maxime durchdringt, daß von diesem Blut- und Eiferment, das sich in den dänischen und österreichischen Kriegen zum ersten Male bezeugt hatte, daß und Erbitterung in schriftlicher Form sich äußern mußten, dafür sind aus jenen Tagen ebenfalls reichliche Belege vorhanden. So wurde von den französischen Vogenberänden am 26. November 1870 folgendes großes-leidenschaftliche Manifest verlesen:

1. Wilhelm und seine beiden Genossen Bismarck und Moltke, Gehilfen der Menschheit, und durch ihren unerfährlichen Ehrgeiz Ursache zu vieler Vorkämpen, Brandstiftungen und Fälschungen, stehen außerhalb des Gesetzes, wie drei tolle Hunde.
 2. Allen unseren Brüdern in Deutschland und in der Welt ist die Vollstreckung gegenwärtigen Urteils aufgetragen:
 3. Für jedes der drei benannten reisenden Tiere ist eine Million Franken bewilligt, zahlbar an die Vollstreckung oder ihre Erben durch die sieben Zentrallager. Gleich in seiner Ueberhantheit kein würdiger Ausbruch edler Geisteshaft. Aber erklärlich ist dieser Feindschaftsausbruch ebenso wie mancher andere.
- Geben wir so an kleinen Momentbildern mitten aus dem blutigen Kriege den Mann betrachtet, der uns und den folgenden

Generationen als die Personifizierung des neuen glorreichen Deutschlands geschildert wird, so noch ein paar Worte zur Erinnerung an eine ebenfalls bekannte Episode aus jener Zeit, die die wichtigste und folgenschwerste war, die sich an die Person und die Tätigkeit Bismarcks knüpfte: die Entscheidungsgeschichte des Krieges. In der Frage der spanischen Thronfolge durch einen preussischen Prinzen ist die Regierung des dritten Napoleon ohne Zweifel anmaßend aufgetreten. Aber diese Anmaßung hätte nicht zu dem furchtbaren Kriege führen, hätte nicht so unglückbare Kräfte über die Bevölkerung zweier Länder bringen brauchen, wenn Bismarck und seine Leute das Schicksal ihres politischen und diplomatischen Könnens nicht auf die nackte Gewalt, sondern mehr auf die Achtung vor dem Menschheitsglauben gelegt hätten. Für Bismarck war der spanische Thronfolgeschonflikt nur das Mittel, Frankreich durch die Gewalt der preussisch-deutschen Waffen zu demütigen, um so den Vormarsch der deutschen Nation im Völkerbunde zu ermöglichen. Das war die ganze Kunst des einseitigen Bismarck-Systems. Und deshalb wurde die Emser Depesche gefälscht, wurde, wie Wilhelm sich nicht schon vor Jahren unendlich nachwies, aus einem Telegramm König Wilhelms an die französische Regierung, das im verständlichen Sinne gelaufen war, von Bismarck, dem es als dem verantwortlichen Minister erst vorgelegt werden mußte, ein solches im unverständlichen Sinne gemacht. Es wurde, wie Viehrecht damals schrieb, aus der Ohnmacht eine Fanfare gemacht.

Auch Busch hatte Gelegenheit, über diesen Gegenstand aus Bismarcks Darstellungen Eintragungen in sein Tagebuch zu machen. Es war am 19. Dezember in Versailles. Bismarck blauberte wieder einmal mit seinen Vertrauten der Tafelrunde. Da kam die Rede auf die Vorkämpen in Ems vor Beginn des Krieges. Geheimrat Abelien, der sich damals mit dem König in Ems befand und der Verfasser der ursprünglichen Depesche war, fragte so ganz beiläufig, wie Bismarck denn damals (in Ems) mit ihnen aufgetreten wäre. Bismarck antwortete: „Mit Ihnen, sehr. Mit Serenissimus (Wilhelm I.) aber gar nicht sehr, aber durchaus nicht. Er hätte sich in der Sache viel zurückhaltender betragen müssen — und fester.“ —

Dann erzählte er nach einer kleinen Abschweifung vom Thema weiter, wie er in Berlin auf eine Entscheidung vom König wartete. Er hatte gerade Moltke und Poon zu einer Besprechung bei sich. Plötzlich kommt das Telegramm vom König aus Ems (die Emser Depesche). Und nun folgen wir Bismarcks eigenen Worten:

„Als ich's verlas — es waren wohl zweihundert Worte — erschrafen die beiden förmlich, und Moltke kriegte plötzlich ein ganz anderes Wesen, ganz alt, matt und gebrechlich. Es

schah aus, als ob Serenissimus (König Wilhelm) noch immer knien könnte. Ich fragte ihn (Moltke), ob alles so stünde, daß wir auf den Sieg hoffen könnten. Als er's bejahte, sagte ich: Warten Sie mal, setzte mich an ein Tischchen und frick es zusammen, die zweihundert Worte zu ungefähr zwanzig, aber ohne sonst was zu ändern oder hinzuzufügen. Es war Abens Telegramm, aber doch was anderes, kürzer, bestimmter, zweifelloser. Ich reichte es Ihnen zu und fragte: Nun, wie ist es jetzt? Ja, so wird's geben, sagten sie, und Moltke war auf einmal wieder jung und frisch wie vorher; denn er hatte nun seinen Krieg, sein Gewerbe. Und es ging wirklich; die Franzosen nahmen das abgeklärte Telegramm, als es in den Zeitungen erschien, ganz erschreckt über, und nach ein paar Tagen erklärten sie uns den Krieg.“

Das klingt wie Freude und Genugtuung über ein vorzüglich abgeschlossenes Geschäft. Und der Serenissimus Bismarck steht auch geschäftlich fest. Dennoch hat dieser Mann Anwandlungen gehabt, bei denen das Raube übermächtig wurde von den Regungen des Gewissens. Busch erzählt in seinem Tagebuch auch hierüber eine Episode aus dem Jahre 1877. Bismarck lagte an einem Sonntag seiner Tafelrunde gegenüber, daß er von seiner politischen Tätigkeit wenig Freude und Befriedigung gehabt habe. Niemand liehe ihn deshalb, sagte er. Er habe damit niemand glücklich gemacht, sich selbst nicht, seine Familie nicht, auch andere nicht. Und dann sagte er wörtlich: „Wohl aber viele unglücklich! Ohne mich hätte es drei oder vier Millionen Menschen wären unglücklich Menschen nicht umgekommen, und Eltern Brüder, Schwäger, Witwen trauernd nicht.“

Der Biograph Moritz Busch unterbreicht den Kanzler hier bei diesem ersten Monologe in der Weise eines kümmerlichen Studenten mit den Worten: „Und Viehchen.“ — „Und Viehchen“, wiederholte der Kanzler ernst. „Das habe ich indessen mit Gott abgemacht. Aber Freude habe ich wenig oder gar keine gehabt von allem was ich getan habe.“

Damit wollen wir diese kleine Sammlung von Erinnerungen an den Heros, an den „größten Deutschen“ aus „Deutschlands größter Zeit“ beenden. Was groß an Bismarck war, ist seine unerbittliche Energie, auf ein gesetztes Ziel loszusteuern. Er verfügte auch bei dieser an sich nicht schlechten Eigenschaften über die nötige Portion Mäandrigkeit, die es nicht ist, daß ihm unglückliche Menschen, wenn sie sie „haben“ geboten waren

Zwei neue Straßeneisenbahnen will die Stadt bauen. Die erste Linie soll vom Ring nach dem Tschepinerplatz führen, also die innere Stadt mit dem großen Arbeiterviertel in der Nikolaivorstadt verbinden. In dem zweiten Falle beabsichtigt der Magistrat durch Anlegung einer neuen, von der Obervorstadt durch Michailis- und Piasen- nach der Kaiserstraße führenden Linie den Ring zu schließen, mit dem dann ein sehr beträchtlicher Teil der Stadt von der städtischen Straßeneisenbahn umspannt sein wird. Auf diesem Ring sollen durchgehende Züge laufen, wie dies jetzt z. B. auf der Gürtelbahn geschieht. Die Breslauer Straßeneisenbahn-Gesellschaft aber will von diesen neuen Linien nichts wissen. Wegen der Linie Ring-Tschepinerstraße klagte deshalb der Magistrat vor der vierten Zivilkammer, wurde aber am Mittwoch abgewiesen. Gegen den Bau der zweiten Linie klagte die Straßeneisenbahn-Gesellschaft. Hier erkannte das Gericht zugunsten der Stadt, indem es die Klage abweist. Die Linie Ring-Tschepinerstraße wurde als Konkurrenzunternehmen betrachtet, weil sie dasselbe Endziel habe, wie die beiden durch die Neuschestrasse gehenden Linien der Gesellschaft, die Ring-Linie der Scheiniger Vorstadt aber nicht.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“. Freitag, den 7. April, Abends pünktlich um 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Woser (Wilhelmstraße), Steinstraße 137/139: Konsumenten-Verammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über Konsumanten-Organisation und Eigenproduktion. 2. Unsere Bezirksenteilung, sowie Wahl von Bezirks-Kommissionen. 3. Aussprache über die beabsichtigte Verlegung der Warenverteilungsstelle (Königsplatz 24). Mit dieser Verammlung ist eine Ausstellung sämtlicher (Groß-Einkaufs-Gesellschafts-) Artikel verbunden. Bei der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen notwendig. Soweit wie möglich bitten wir, Bekannte mitzubringen, die gewillt sind, dem Verein beizutreten. Der Vorstand.

Die Synagogengemeinde hat neben der großen Synagoge am Unger ein Schulgebäude errichten lassen. In dem Neubau befindet sich jetzt in sieben Klassen die seit 70 Jahren bestehende Religionsunterrichtsanstalt II, die bisher am Schweidnitzer Stadtgraben war.

Humboldtverein für Volksbildung. Als Vorstellung für Kinderermittelt wird Donnerstag, den 18. d. M., 7 1/2 Uhr, im Theater Schiller's „Rabale und Liebe“ gegeben werden. Umsetzungen auf Eintrittskarten sind — nur schriftlich — an Herrn Eugen D. Verward, VII, Sadomastraße 60, hpt, zu richten, bei dem Mittwoch, den 12. d. M., Vormittag 10—1 Uhr (nur zu dieser Zeit) die zugeteilten Karten ausgegeben werden.

Ungelenk über Hund. Der Polizeipräsident sieht sich veranlaßt, auf die gerichtlichen Bestimmungen hinzuweisen, wonach alle Hunde, sofern sie einen Wert von über 3 Mark haben, spätestens binnen 8 Tagen dem zuständigen Polizeirevier oder dem Hundebureau im Polizeipräsidium anzugeben, gegebenenfalls auch abzuliefern sind. Dies gelte auch hinsichtlich der in Theatern, Warenhäusern, sonstigen Geschäften und Prospekten zurückgelassenen oder verlorenen Gegenstände. Nur die in Geschäften oder den Verkaufsstellen einer öffentlichen Behörde oder einer öffentlichen Verkehrsanstalt gefundenen Gegenstände sind unverzüglich an die Behörde, die Verkehrsanstalt oder an einen ihrer Angestellten abzuliefern.

Vereinigte Theater. Stadttheater. Donnerstag gelangt Kubers Oper „Fra Diavolo“ mit Herrn Günther-Braun als Gast zur Aufführung. Freitag findet die 20. Aufführung der Oper „Adriankinder“ statt. Sonnabend wird die neu ausgetaktete Oper „Der Freischütz“ wiederholt. Sonntag wird „Carmen“ aufgeführt. Den Josef singt Herr Günther-Braun, der damit sein Gastspiel beendet. Nachmittags zu kleinen Preisen „Alt-Seibelberg“ (8 1/2 Uhr). — Am Karfreitag findet (außer Abonnement) ebenso wie in den Vorjahren eine Aufführung von Teiler aus Wagners „Parsifal“ in Konzertform statt. Unter Leitung des Herrn Brühner wirken der verstärkte Chor und ein Knabenchor mit. Die Solopartien werden von den Herren Trostorf, Seder, Mittelopf, Pteroth und Kräuslein Sprechend gesungen. Der Vorverkauf beginnt Dienstag nächster Woche.

Opertheater. Donnerstag gelangt Sibney Jones Operette „Die Geisha“ zur Aufführung. Freitag: „Glaube und Heimat“. Sonnabend: „Die Geisha“. Sonntag: „Glaube und Heimat“. Nachmittags zu kleinen Preisen „Ein Walzertraum“ (3 1/2 Uhr).

Theatertheater. Donnerstag gelangt als fünfte Vorstellung für Gruppe I der Schwan „Großstadtluft“ zur Aufführung. Freitag geht als Volksvorstellung für den Humboldtverein „Sodoms Grube“ in Szene. Sonnabend wird als fünfte Vorstellung für Gruppe II „Großstadtluft“ wiederholt. Sonntag findet eine Aufführung der beliebten Operette „Der Graf von Luxemburg“ statt. (Billetverkauf Freitag und Sonnabend 10 bis 2 Uhr im Stadt- und Theatertheater.) — Ausgabe der Billets für Gruppe I täglich im Kassentur des Stadttheaters.

Schauspielhaus. Donnerstag gelangt „Die Fledermaus“ zur Aufführung. Im Ballett des zweiten Aktes gastieren die Gesellschaftler Geogger. Freitag geht die Wandbühne Operette „Der selbige Gatte“ in Szene. Sonnabend findet die Premiere der Operette „Majestät Nimt“ von Bruno Granichstaeben, dem Komponisten der seiner Zeit hier mit großem Beifall aufgenommenen Operette „Aub oder Widel“ statt. Das Libretto stammt von Felix Demann und Rada Rada.

Nachmittags-Kindervorstellung im Victoria-Theater. Infolge zahlreicher Wünsche aus dem Publikum, sieht sich die Direktion veranlaßt, am Sonnabend, den 8. d. Mts., eine Nachmittags-Kindervorstellung zu arrangieren, worin unter anderem die engländer 20 englischen Puppentheater, welche gegenwärtig das Tagesgespräch bilden, in einem hochinteressanten Programm aufzuführen werden. Für diese Nachmittagsvorstellung sind ermäßigte Preise vorzulegen, ob Kinder oder Erwachsene und zwar inklusive Billetsteuer, Entree (Kalkon) 0,25 Mark, Reiserweiterung 0,50 Mk., 2. Bankett 0,75 Mk., 1. Parterre 1 Mk., Loge 1,25 Mk. Zu dieser Nachmittagsvorstellung haben Kons wegen der niedrigen Preise keine Gültigkeit. Einlaß 3 Uhr. Beginn der Vorstellung 3 1/2 Uhr, Ende gegen 6 Uhr. Der Vorverkauf hat bereits begonnen und sind Billets täglich ohne Aufschlag im Theaterbureau zu haben.

Strassenreinigung. Wegen Kanalisierung wird der westliche Fahrweg der Kaiser Wilhelmstraße an der Einmündung der Straße 105 des Bebauungsplanes der Südvorstadt zwischen Menzel- und Ruffstrasse vom 6. d. M. ab auf eine Woche gesperrt.

Wermittelt wird seit dem 1. April der 25 Jahre alte Knickerlag Roschmieder, Döbischstraße 2/4. Er hat sich an gemeinsamen Tage nach seiner Arbeitsstätte auf der Goethestraße begeben und ist seitdem verschollen.

Ein Pferd in der Grube ausgekommen. In einem Stallraum des Gasthofes „Roter Hirsch“, Hohenstraße Nr. 43 und Brunnenstraße 2/4 hatte der Pferdehändler Franz Weisbach zwei Pferde untergebracht. In der vergangenen Nacht ist die Tür des Raumes geöffnet worden und die beiden Pferde wurden losgemacht, so daß sie auf den Hof gelangen konnten. Das eine der Tiere ist dabei auf den Hof der etwa 5 Meter tiefen, fast leeren Mistgrube gekommen, ist durchgebrochen und mit dem Kopf nach unten in die Grube abgehürzt. Es wurde heute früh dort tot aufgefunden.

Der Markt-Genet. Am Mittwoch Nachmittag 14. Uhr wurde die Feuerwehrt nach Schönstraße 55 gerufen, wo in der dort befindlichen Tischlereiwerkstatt Holzreste und halbfertige Möbel-

stücke in Brand geraten waren, der in kurzer Zeit mit der Eimerpritze abgelöscht werden konnte.

Einbruch in ein Wirtshaus. Bereits zum zweiten Mal ist in der Nacht zum 5. April ein Einbruch in ein Wirtshaus auf der Goethestraße ausgeführt worden. Es sind Wirtswaren im Werte von etwa 120 Mark, in Säcken verpackt, entwendet worden.

Gelesen wurden ein goldener Trauring, ein Schirm, eine schwarze Handtasche, eine silberne Damenuhr mit silberner Kette, eine Goldkette, ein silberner Regenstirn, 4 1/2 Pfund Speck, eine Brillenbox, drei Portemonnaies mit Inhalt und ein schwarzer Stod mit weißem Fortgriff.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Oriegl, 6. April. Selbstmord eines Oberleutnants. Auf dem Truppenübungsplatz Neuhammer hat sich Oberleutnant von Schumann vom hiesigen 157. Regiment, Adjutant des Truppenübungsplatzes Neuhammer, erschossen.

Schweidnitz, 6. April. Rote Hühner. Mit einem Sittlichkeitsattentat beschäftigte sich das Schönradergericht. Unter Anklage standen die Steinarbeiter Robert Goibbera und Robert Keimann aus Quaschau bei Boblen, zwei Wurzchen, die kaum das strafmündige Alter erreicht haben. Beide belästigten am 18. Dezember in Quaschau die Dienstmagd Anna Reitsch in schamloser Weise und Goldberg verführte schließlich an der Bedrängten unter Anwendung von Gewalt ein Sittlichkeitsverbrechen zu verüben. Als auf die Pflanze des Mädchens der Arbeiter Schröder herbeieilte und die Verbrecher abzuwehren suchte, zog Goldberg ein Messer und verletzte den Helfer schwer. Schröder erhielt einen mit großer Wucht geführten tiefen Messerstich in der Hüfte. Nach nicht öffentlicher Beweisaufnahme sprachen die Geschworenen beide Angeklagten der ihnen zur Last gelegten Straftaten schuldig und billigten Goldberg, der bereits einmal wegen Sittlichkeitsverbrechen vorbestraft ist, mildernde Umstände nicht zu, während sie solche dem bis dahin unbekanntenen Keimann gewährten. Dementsprechend lautete das Urteil gegen Goldberg auf 2 1/2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Keimann auf 6 Monate Gefängnis.

Koblenz, Kreis Liegnitz, 5. April. Tödlicher Unfall. In der Nacht vom Sonntag auf Montag besand sich der hiesige Wirtschaftsvogt Linke auf dem Heimwege von Koblitz nach hier. Dabei kam er vom Fußwege ab, fiel über einen steilen Abhang hinab in den sogenannten Wüchgraben, in welchem er seinen Tod fand.

Neueste Nachrichten.

Landtagswahl in Gotha.

Waltershäuser 6. April. Für den wegen Untreue aus der Partei ausgeschlossenen Abgeordneten Denner mußte heute eine Ersatzwahl stattfinden. Die Gegner ruhten den peinlichen Fall (Denner hatte Kaffengebeir unterlagen) häßlich aus. Das Resultat war folgendes: Der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Bigga, wurde mit 588 Stimmen in gewählt, der Wismalchgegnere erhielt 347 Stimmen. Gegen die vorige Wahl bedeutet dies für die Sozialdemokratie einen Gewinn von 32 Stimmen, für die Gegner einen Verlust von 28 Stimmen. — Die Heile der Patrioten schwimmen fort, trotz alledem!

Umtriebe am chinesischen Kaiserhofe.

Peking, 6. April. In Schanghai befinden sich, nach einer Meldung der „Königlichen Zeitung“, sensationelle Gerüchte über Umtriebe am chinesischen Kaiserhofe in Umlauf, Umtriebe, die auf den schnellen und unerwarteten Sturz des jungen chinesischen Kaisers hinführen. Die bis ins kleinste bereits ausgearbeitete Verschwörung sei indessen noch rechtzeitig verraten worden, worauf einer der kaiserlichen Prinzen einen Selbstmordversuch unternommen habe.

Gefährliche Engelmacherin.

Düsseldorf, 6. April. Hier wurde eine gewisse Frau Hau verhaftet, die Kinder gegen eine bestimmte Abfindungssumme von 20 bis 400 Mk. adoptierte. Sie hat bereits eine ziemliche Anzahl auf diese Weise bei sich aufgenommen. Sie verbrauchte die Gelder und vernachlässigte die Kinder auf geradezu gräßliche Weise. In der schändlichsten Weise schlug und mißhandelte sie die Kleinen. Bei der plötzlichen polizeilichen Revision wurden gänzlich abgehungerte mit Wunden über und über bedeckte Kinder in allen Altersstufen gefunden, von denen mehrere im Krankenhaus bereits trotz sorgsamster Pflege gestorben sind und zwar, wie ärztlicherseits ausdrücklich festgestellt wurde, an Entkräftung. Die Frau ist dringend verdächtigt, eine große Reihe anderer Kinder in verbrecherischer Weise beseitigt zu haben.

Bergmannsloß.

Klein-Rosfeld, 6. April. Auf Schacht „Wendel“ wurden gestern drei Bergleute durch niedergehendes Gestein erschlagen.

Von der Lawine verschüttet.

Paris, 6. April. Gestern wurden 12 Häuser des Belkers Vincennes bei Madane an der französisch-italienischen Grenze von einer Lawine verschüttet. Es gelang nach vielen Bemühungen, ein Haus freizulegen, in dem die Lehrerin des Ortes wohnte. Diese selbst wurde geborgen. Sie befand sich aber, als man sie aus dem Schnee ausgrub, bereits in einem derartig hohen Grade von Erschöpfung, daß es noch sehr fraglich erscheint, ob sie mit dem Leben davonkommen wird. Bis jetzt sind bereits fünf Personen tot aus dem Schnee herausgeschauelt worden.

Hochverrat.

Paris, 6. April. Auf Grund einer vom ehemaligen Minister des Äußeren, Michon, am 8. Februar dieses Jahres bei der Staatsanwaltschaft erhobenen Klage hatte der Staatsanwalt eine strenge Untersuchung eingeleitet wegen Unterschlagung und Veröffentlichung vertraulicher Schriftstücke aus dem Ministerium des Äußeren. Diese Affäre erregt nunmehr heute ungeheures Aufsehen und große Sensation, denn in der vergangenen Nacht wurde bekannt gegeben, daß auf Grund der Feststellungen der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei bereits am 31. März der Konjularattache Rene Rouet, Attache im Ministerium des Äußeren, sowie ein Engländer Namens Bernhard Maimon und dessen Sekretär Paullet verhaftet worden sind. Bei den bei den drei genannten Personen vorgenommenen Hausdurchsuchungen wurde soviel belastendes Material gefunden, daß ihre Schuld hinreichend dargetan sei, so daß die Anklage wegen Hochverrats erhoben werden kann. Wie die Blätter bemerken, ist es das erste Mal, daß eine Hochverratsaffäre aus dem Ministerium des Äußeren die Gerichte beschäftigt.

Hungersnot.

Petersburg, 6. April. Im ganzen Rayon von Juchit ist eine furchtbare Hungersnot ausgebrochen. Der Preis für Brot beträgt bereits über zehn Rubel per Pud. Das Vieh geht wegen Mangels an Futtermitteln zugrunde.

Kiew, 6. April. Über zwei hunderttausend Arbeiter und Arbeiterinnen veranfaßten gestern einen ungeheuren Unmut gelegentlich der Bereibung der Opfer des Hochverrats am Wladimirplatz. Trotz des strömenden Regens pflanzten sie die Brandfackeln im tiefen Schnee als Protest gegen die fehlenden Mühlentrichtern und Rettungsvorrichtungen und gegen die Schuldschuld der Opfer. Es war die größte und eindringlichste Demonstration, die zudem noch ohne jegliche Unruhe und ohne Störungen verlief, die die Stadt Kiew je gesehen hat.

Wirtschaften

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur von 11—1 Uhr Mittags. Zimmerer. Der Bericht über die Generalversammlung in Leipzig wird Rauman-els halber erst morgen fortgesetzt. **Das Mietseld,** das die Dienstmädchen bekommen, kann, wenn nichts anderes verabredet ist, immer auf den Lohn angesetzt werden. (§ 25 der Befehlsordnung.) Das Mädchen muß sich also den Abzug gefallen lassen. **St. 5.** Ja, jedes Gemeinbeamt ist verpflichtet, einem reisenden Handwerker die Quittungssarte umzutauschen.

Geldkurse der städtischen Markt-Notierungskommission.
Breslau, den 6. April.

	gute	mittlere	geringe	Werte
Wegeln, weißer	19 80	18 30	17 80	16 30
Wegeln, gelber	19 10	18 20	18 10	17 10
Wegeln	14 80	15 80	15 70	14 70
Wegeln, weißer	17 50	16 50	15 50	14 50
Wegeln	14 50	13 50	12 50	11 50
Wegeln	15 50	14 50	13 50	12 50
Wegeln	15 50	14 50	13 50	12 50
Wegeln	15 50	14 50	13 50	12 50

Gen per 100 Rgr. 6.40—6.80 Wrt.
Sachverh. per 100 Rgr. 4.20—4.60 Wrt.
Wegeln per 100 Rgr. 2.70—3.10 Wrt.
Breslauer Weizenmehl, Mehl weiß per 100 Rgr. inkl. Sachverh. 22.00 bis 22.50 Wrt. Roggenmehl weiß per 100 Rgr. 21.50—22.00 Wrt. Roggenmehl feiner 10.50—11.00 Wrt. Weizenmehl feiner 10.50—11.00 Wrt.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.
Donnerstag, den 6. April:
Öffentliche Väter-Versammlung Nachmittags um 3 Uhr im Saal.
Fränkischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billard-Zimmer.
Vertrauensleute des Franzosen- und Mühlenarbeiter-Verbandes Sitzung im Zimmer 2.
Bildungs- und Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 8 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.
Freitag, den 7. April:
Gewerkschaftshaus.
Bauhändler. Versammlung Zimmer 1.
Lehrerarbeiten. Versammlung Zimmer 2.
Vertrauensmänner der Maschinenarbeiter. Versammlung Zimmer 3.

Sonnabend, den 8. April:
Bauhändler-Verband. Mitglieder-Versammlung Zimmer 3.
Sonntag, den 9. April:
Freireligiöse Gemeinde. Abmittags Juwendweih-Feier.
Wühler. Versammlung Vormittags 10 Uhr Zimmer 1.
Kupfer-schmiede. Versammlung Vormittags 10 Uhr Zimmer 2.
Furner. Versammlung Nachmittags 4 Uhr Zimmer 2.
Fliesenleger. Versammlung Vormittags 10 Uhr Zimmer 3.
Töpfer- und Glaserarbeiten. Versammlung Nachmittags 3 Uhr Zimmer 3.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

- Der Zahlabend**
ist Montag, den 10. April, Abends 8 Uhr,
in folgenden Lokalen:
- Distrikt 1 (Gabit), Kronprinzenstr. 50, Ref. Gen. Adam.
 - 2 (Sauerbr.), Viktorastr. 34, Anders.
 - 3 (Gräblich, Worf. südl.), Gräblichenerstr. 74, Ref. Gen. Kurtz.
 - 3a (Gräblich, Worf. nördl.), Sulzenstr. 12, Ref. Gen. Köhler.
 - 3a (Gräblich, Worf. nördl.), Siebenhufenerstr. 19, Ref. Gen. Hiltp.
 - 4 (Molitor), Bergstr. 16, Ref. Gen. Seibold.
 - 4 (Molitor), Märktchenstr. 96/98, Ref. Gen. Goldschmidt.
 - 5 (Molitor), Frankfurterstr. 31, Ref. Gen. Feikert.
 - 6 (Molitor), Deuthenstr. 12/14, Ref. Gen. Probst.
 - 6 (Molitor), Sildbrandstr. 28, Ref. Gen. Stiller.
 - 7 (Molitor), Westendstr. 26, Ref. Gen. Frau Behrens.
 - 7 (Molitor), Reuthenstr. 52, Ref. Gen. Zodus.
 - 7 (Molitor), Rosenstr. 61, Ref. Gen. Kabsch.
 - 8 (Obertor), Mehlasse 52/54, Ref. Gen. Janschke.
 - 8a (Obertor), Kletichaustr. 33, Ref. Gen. Diegon.
 - 9 (Obertor), Michaelistr. 3, Ref. Gen. Richter.
 - 9a (Obertor), Enderstr. 6, Ref. Gen. Frau Parawatsch.
 - 10 (Sandtor), Deisenstr. 8, Ref. Gen. Dars.
 - 11 (Sandtor), Michaelistr. 26, Ref. Genossin Frau Fuhrmann.
 - 12 (Schlein, Worf.), Vaulstr. 42, Ref. Gen. Lbbe.
 - 13 (Schlein, Worf.), Dirschstr. 68, Ref. Gen. Dertmann.
 - 14 (Ohlauertor), Königgräberstr. 10, Ref. Gen. Kawalla.
 - 15 (Ohlauertor), Gewerkschaftstr., Ref. Gen. Wajgina.
 - 15a (Ohlauertor), Alte Taschenstr. 16, Ref. Gen. Müller.
 - 17 (Strehlerer Tor), Dudenstr. 80, Ref. Gen. Schlegel.
 - 16a (Bohrer Tor), Bohrerstr. 70, Ref. Gen. Neulich.
 - 17 (Schneidnitzer Tor südl.), Neudorfstr. 99, Ref. Gen. Stöhr.
 - 17a (Schneidnitzer Tor nördl.), Neudorfstr. 65, Ref. Gen. Burgund.
 - 19 (Innere Stadt östl.), Kupferschmiedestr. 22/28, Ref. Gen. Schüh.
 - 19 (Innere Stadt westl.), Kupferschmiedestr. 21, Ref. Gen. Diepelt.
- Land-Distrikt 6 (Pöpelwitz), Bromnitzstr. 2, Ref. Gen. Pappner.
14 (Verdain, Ditzgoy), Schönstr. 21, Ref. Gen. Gogsch.

Achtung, Bezirksführer!

Wegen des Osterfestes empfiehlt es sich, das Einkassieren der Beiträge schon am Sonntag, den 9. April, vorzunehmen.

Distrikt 1 (Gabit).

Das Distriktslokal befindet sich jetzt Kronprinzenstraße 50 bei Herrn Gastwirt Fröhlich. Dort wird auch der nächste Zahlabend abgehalten. Der Distriktsführer.

Distrikt 9 (Obertor).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß sich unser Distriktslokal nicht mehr Matthisstraße 140 befindet, sondern seit dem 1. April nur Michailisstraße 8 bei Freyer.

Distrikt 14 (Ohlauertor).

Freitag, den 7. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer, Kontrollanten und Kontrollbücher sind mitzubringen.

Distrikt 15 (Ohlauertor).

Sonnabend, den 8. April, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Zusammenkunft der Bezirksführer, Neuchstellung der Bezirke und Ausgabe der neuen Karten.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Sand)

Rennewart.

Sanddistrikt 5. (Oswig.) Sonntag, den 9. April, Vormittags 10 Uhr, Versammlung aller Partei- und Gewerkschaftsmitglieder im Lokale des Herrn Kalfan, Oswig. Tagesordnung: 1. Die Lokalfrage. 2. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent Genosse Scholtz, Breslau. — Die Frauen sind eingeladen.

Freitag, den 7. April 1911.

Preussisches Abgeordnetenhause.

83. Sitzung. Mittwoch, den 5. April, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Kommissare.
Bundestag stand die

Wahl des Abg. Dr. Otto Ehlers-Breslau auf der Tagesordnung.

Bei den letzten allgemeinen Wahlen wurden in Breslau der Zentrumsabgeordnete Rektor Zische, Abg. Stroffer (Konf.) und Dr. Wagner (N.) gewählt. Der freisinnige Gegenkandidat blieb damals in der Minderheit. Bei der letzten Nachwahl ergab sich im Gegenfalle zu 1908 eine kleine Mehrheit der Freisinnigen und sozialdemokratischen Wahlmänner in der Stichwahl über die vereinigten Stimmen der Konserwativen und des Zentrums, jedoch der freisinnige Abg. Dr. Otto Ehlers gewählt wurde. Die Wahlprüfungskommission erklärte die Wahl des Abg. Dr. Ehlers für ungültig da einige Stimmen, die für den fortschrittlichen Abgeordneten abgegeben wurden, für ungültig erklärt werden mußten, jedoch der Zentrumskandidat schon im ersten Wahlgange hätte gewählt werden müssen.

Abg. Fischbeck (Vpt.): Die Methode, die hier geübt wird, ist eigenartig, da der Wahlprüfungskommission ein Wahlprotokoll nicht vorgelegt hat, und erst in der Abteilungsprüfung gewisse Unregelmäßigkeiten herausgefunden wurden. Daraufhin hat die Kommission tausend Wahlblätter einer noch genaueren Prüfung unterzogen. In dieser Methode sehr mangelhaft ist, ist sehr zu bezweifeln. Jeder Wähler hat das Recht, seine Wahl einzulegen; aber daß das Abg. geordnetem Wahlprüfungskommissionen die Methode einzuwenden, alle Wahlmänner wählen durchzuführen, ist bisher noch nicht dagewesen. Nun kommt hinzu, daß man nicht nur bei den Hauptwahlen, sondern auch bei den Ersatzwahlen die Wählerlisten durchsieht. Da ergeben sich natürlich die merkwürdigsten Resultate durch die Berechnung der angeblich in der Hauptwahl zu Unrecht gewählten Wahlmänner. Als 1908 der liberale Kandidat unterlag, hat man eine solche Prüfung nicht vorgenommen. (Hört, hört!) Man warte dann auch behaupten, daß Rektor Zische zu Unrecht in diesem Hause gesessen hat und sagen, daß dasselbe auch für die Abgeordneten Stroffer und Dr. Wagner gilt. (Zurufe rechts: Ganz neu!) Der Breslauer Magistrat hat für die ungültigen Wahlmänner eine neue Wahl eintragen lassen, jetzt erklärt die Kommission diese Wahlmänner für ungültig. Mit dieser Praxis kann man nicht fortfahren. Ich beantrage Zurückverweisung in die Kommission, zur nochmaligen Prüfung.

Abg. Gottschalk (Nl.): Die Beschlüsse der Kommission sind mit großer Mehrheit gefaßt worden. Der Redner hält an dem Beschlusse fest.

Abg. Stroffer (Konf.): Ich habe mich gemindert, daß Herr Fischbeck solche Angriffe gegen die Kommission gerichtet hat; dabei sind die Beschlüsse einstimmig gefaßt worden, sogar der Fraktionskollege Fischbeck, Dr. Schepf, hat für die Ungültigkeit gestimmt. (Hört, hört!) Herr Fischbeck hat vom Durchschnitte gesprochen. Warum soll ein einziger Berichtshalter die Akten nicht durchforschen, besonders da eine ganz kleine Mehrheit vorlag. Unsere Breslauer Wahlen sind mit ganz anderen Mehrheiten zustande gekommen. Erklären Sie die Wahl für ungültig. Die Kommission hat mit großer Sorgfalt gearbeitet.

Abg. Tourneau (Str.) verteidigt die Kommissionsbeschlüsse.
Abg. Fischbeck (Vpt.): Wer den Protokoll gelesen hat, der muß sich sagen, daß zunächst gar nichts vorgelegen hat, sondern daß erst nachträglich einzelne Unrichtigkeiten ermittelt worden sind. Ein Grund für die Ungültigkeitserklärung liegt nicht vor. Der Fall ist aber so wichtig, daß man ihn in der Kommission noch einmal genau prüfen sollte.
Präsident v. Kröcher: Ich habe den Abgeordneten so verstanden, daß er den Ungültigkeitsertrag noch einmal an die Kommission zurückverweisen wissen will.
Der Antrag wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Abg. Stroffer (Konf.): Es sind nicht nur Freisinnige, sondern auch Stimmen der Konserwativen für ungültig erklärt worden.

Abg. Hoffmann (Soz.): Wir können dem Streit als achende Dritte zusehen. Die Sache liegt ähnlich, wie bei der Ungültigkeitserklärung der Berliner sozialdemokratischen Mandate, für die der Abg. Fischbeck eintrat. Die Reiter, die Sie riefen, werden Sie nun nicht los. Ich möchte aber entschieden vor der Annahme des 2. Antrages der Wahlprüfungskommission warnen der dahin geht, daß die Wahl von Wahlmännern, die schon von einer anderen Instanz für ungültig erklärt wurde, nun nachträglich für gültig erklärt werden soll. Im übrigen beweist die ganze Debatte, daß endlich mit dem Getümpel und Müll des preussischen Wahlsystems ausgeräumt werden muß (Beifall bei den Soz.)

Ein Antrag Fischbeck auf namentliche Abstimmung über den zweiten Antrag der Kommission wird nicht genügend unterstützt.

Der Antrag der Kommission wird angenommen, die Wahl Ehlers ist ungültig.

Es folgen Petitionen.
Vom Reichsversicherungsverband für Frauen in Halle und von der Geschäftsfrau „Berliner Hausfrau“ in Berlin sind Petitionen um Abänderung der bestehenden landesgesetzlichen Bestimmungen über das Dienstbotenwesen und um Abänderung der Gefindeordnung eingegangen. Die Petitionskommission beantragt Überweisung der Petitionen als Material.
Abg. Lieber (Matib.) empfiehlt den Kommissionsantrag. Im Gefindegesetz bestehe tatsächlich jetzt eine große Rechtsunsicherheit.

Abg. Dr. Stehmetz (Soz.): Wir haben schon früher den Antrag gestellt, diese Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Es ist kein Zweifel, daß die Lage unserer Dienstboten eine unmoderne, unhumane ist und als halbe Sklaverei bezeichnet werden muß. Das Gefindegesetz ist ein Uebelwerk, das einer überwindenen Zeit. Es vaßt nicht in unsere Zeit, daß man er-wachsenen Menschen ein Gefindebuch in die Hand gibt, ohne das sie keine Arbeit bekommen. Auf diese Weise werden die Dienstboten abhängig gemacht von der Willkür der Dienstherrschaft, man räumt dem Arbeitgeber das Recht ein, seinen persönlichen Empfindungen in der Form von Zeugnissen Ausdruck zu geben und im Dienstbuch die Ueberlegenheit des Arbeitgebers über den Arbeitgeber schwarz auf weiß darzulegen. Im Gegenteile zu den anderen Arbeitern existiert für das Gefinde keine Beschränkung der Arbeitszeit, nicht einmal eine gesetzliche Krankenfürsorge gibt es bisher für sie. Durch die Gefindeordnung wird der Dienstherr ein Zuchtigungs- und Beleidigungsrecht zu gestanden. Die Bewältigung hat sich hier allerdings selbst gehalten, indem der unter einem solchen Ausnahmestande lebende Beruf gemieden wird. Nicht trotz, sondern wegen der Gefindeordnung besteht die Dienstbotennot. Wir haben einen Initiativantrag gestellt, der sich speziell mit der in den Petitionen behaupteten Befreiung der Dienstherrn noch in dieser Session zur Beratung kommen wird. Dann wird auf Einzelheiten eingegangen werden können. Jetzt beantragen wir, wenigstens die Petitionen nicht als Material, sondern zur Berücksichtigung der Regierung zu überweisen. (Beifall b. d. Soz.)

Der Antrag Lieber wird abgelehnt, der Antrag der Kommission angenommen.

Es folgte eine Petition des Bundes deutscher Militär-anwärter um Umrechnung der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter in den Kommunen. Die Abg. Stroffer (Konf.), Lübbke (Freil.), Velius (Vp.), Bartscher (Zentr.), Hausmann (Matib.) treten für Berücksichtigung ein. Ein Regierungskommissar erhebt Bedenken dagegen. Die Petition wird zur Berücksichtigung überwiesen.

Eine Petition der Fischereischutznoffenschaft in Rathenow, die bessere Entschädigung für die Fischereiberechtigung fordert, wird auf Antrag der Kommission zur Berücksichtigung überwiesen, nachdem Abg. v. Brandenstein (Konf.) die Wünsche der Betreten noch besonders unterstützt und ein Regierungskommissar wohlwollende Behandlung der Angelegenheit zugesichert hat.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft.
Nächste Sitzung: Dienstag, 2. Mai, 12 Uhr. (Gemeindeordnung für die Rheinprovinz, Antrag Hammer (Konf.) über die Wanderlager und weitere Anträge.)
Schluß 11 Uhr.

Herrnhau.

7. Sitzung. Mittwoch, den 5. April.

Am Ministertisch: Lenze, v. Dallwitz, v. Schor-Lemer.

Präsident Herr v. Mantuffel eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten und dankt dem Fürsten zu Wies, der dem Herrnhau eine Büste seines verstorbenen Vaters, des ehemaligen Herrnhauerspräsidenten zum Geschenk gemacht hat.

Der Gegenwärtige über die Erweiterung des Stadtkreises Erfurt wird verabschiedet.

Der Etat.

Generalberichterstatter Graf v. Knechtel-Neustadt: Der Minister des Etats ist aus untern Reihen hervorgegangen. Wir begreifen ihn mit großer Beugnung und vollem Vertrauen, umso mehr als er an den bewährten Grundzügen seines Vorgängers festhält. Er hat die preussischen Finanzen in bester Verfassung vorgefunden. Wir befinden uns wieder stetig in aufsteigender Richtung. Das verdanken wir auch unserer vorsichtigen und besonnenen Staatsverwaltung. Die Traurigkeit ist aber das geringe Verhältnis des Volks für die sozialen Aufgaben des preussischen Staates. Wohin die sozialdemokratische Bewegung Preußen führt, haben wir ja in Noabst und am Wedding gesehen. Wir danken den Staatsbehörden für die Art und Weise, wie sie der Unruhe Herr geworden sind. Ein verstärkter Schutz der Arbeitenden und reicheren Elemente ist notwendig.

Finanzminister Dr. Lenze: Dank der Besserung der wirtschaftlichen Lage zeigt der diesjährige Etat ein weitestgehend besseres Bild. Das Defizit ist auf 29,9 Millionen herabgefallen. Es muß aber völlig verschwinden. Der Finanzminister bepricht die wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahre und stellt fest, daß zwar ein Teil der Fehlbeträge Konjunkturfehlbeträge waren, daß aber der überwiegende Teil auf die Steigerung der dauernden Ausgaben, Besoldungs-, Lohn- und Pensionserhöhung zurückzuführen war. Es steht aber in keiner Weise fest, daß es immer gelingen wird, diese Fehlbeträge in Zukunft zu beseitigen, denn zu einer neuen Reihe von Ausgaben sind wir gezwungen gezwungen. Die neue Reichsversicherungsordnung wird mehrere Millionen kosten. Auch die Militärbeiträge müssen nach der letzten Volkszählung höher veranschlagt werden. Für Pensionen und Rentnerverorgung wird immer mehr ausgegeben. Neueste Sparankent ist geboten. Die Reineinnahmen der Eisenbahnverwaltung sind ja nun ziemlich gestiegen, nicht nur wegen des wachsenden Verkehrs, sondern auch durch die Herabdrücken der Betriebskosten. Aber der Ausgleichsfonds beansprucht einen erheblichen Teil der Einnahmen. Ein besonderes Entgegenkommen gegenüber den Eisenbahnassistenten würde indirekt zu einer Verringerung der Besoldungsordnung führen. Das ist bedenklich. Die Besoldungsfrage muß endlich einmal zur Ruhe kommen. Die vor drei Jahren beschlossenen Steuerzuschläge zu Einkommensteuer können wegen der finanziellen Verhältnisse nicht fortfallen. Es wird versucht werden, die Steuerzuschläge in einer anderen Form in das Gesetz hineinzuarbeiten. Erlässen können sie nicht werden, wenn die Staatsfinanzen gesund bleiben sollen. (Beifall.)

Landeshauptmann v. Dziembowski: Wir haben das Bild wohlgeordneter Staatsfinanzen. Daran hat die Staatsverwaltung das Hauptverdienst. Das erkennen wir von der Rechten umgeben an. Die Steuerzuschläge verdienen nicht die ewige Beibehaltung. Die Herstellung der Parität der Eisenbahnassistenten mit den Kollegen im Reich ist auch unsere Absicht. Das soll aber nur im Wege des Gesetzes geschehen.
Graf Mirbach: Zum Antrag herr.

Abklärung der Finanzreform

unterbreite ich folgende Erklärung:

Die Antragsteller sprechen ihre Beugnung aus über die Stellungnahme des Reichstages zur Finanzreform in der Reichstagsfassung vom 30. März. Mit Rücksicht auf die Verhandlung vom 24. März im preussischen Abgeordnetenhause verziehen die Antragsteller zurzeit auf eine Beratung ihres Antrages.

Der Antrag hat schon durch die Unterstützung von über 100 Mitgliedern dieses hohen Hauses eine gewisse Bedeutung. Wir wollten keinerlei Politik damit betreiben, sondern nur eine Klarstellung im Gebiete der letzten Konsumsteuer herbeiführen. Es sollte die Wahrheit festgestellt werden, welche heute durch die Presse beispiellos verdreht wird. Die gereisten Männer im Herrnhau haben gewiß alle den Wunsch nach einem Einverständnis aller großen politischen Parteien. Eine solche Annäherung ist aber doch viel leichter, wenn in den Reihen auch alle diese feuerlichen Dinge geklärt sind. (Sehr richtig!) Der Kampf ohne Wahrheit, mit vergifteten Waffen, kommt nur dem Sozialismus zugute. Dem Fürsten Bismarck standen zum Zwecke der Kampfabmachung der Presse sehr große Geldmittel zur Verfügung, um unser Ansehen und unsere Interessen im Ausland zu verteidigen. Heute sind diese Fonds vollständig ungenügend, und der Reichstag hat sie noch mehr beschränkt. Der Reichstagler muß nach dieser Richtung mehr fordern und mehr erlangen. Der Redner führt einen Reisebrief eines höheren Beamten an, aus dem sich ergebe, wie die ausländische Presse gegen Deutschland arbeite. Daß die Gefundung der Finanzen des Deutschen Reiches einen wirtschaftlichen Aufschwung nach sich ziehen werde, war vorauszuweisen und wird durch den dankenswerten Geschäftsbericht der Deutschen Bank bewiesen. Die Landwirtschaft hat aber an dem Aufschwung nur geringen Anteil gehabt. Wer Gewinne sucht, wird sich schwerlich der Landwirtschaft zuwenden. Der Anfangsstand ist eine Vereinigung zur Verheerung aller Gewerbe. (Widerpruch.) Die Abwanderung vom Lande ist auch durch die ständig wachsenden Kommunalsteuern bedingt. Als mich Herr v. Bethmann-Hollweg noch als Minister besuchte, habe ich ihm gesagt, die Verhältnisse sind so lange nicht zu bessern, als nicht die Arbeiterfrage und die Kommunalsteuerverfrage gelöst sind. Professor Schönlank-Gaumnitz hat in einer Rede Erklärung der badischen Regierung gegen Berlin gefordert und die Absicht geäußert, daß der Sozialismus mit Hilfe einer starken Sozial-

demokratie Preußen und Deutschland liberalisieren wird. Wie Sie wissen, ist Bebel schon etwas älter als ich. Er hat in diesem Professor Schönlank eine neue Uebernahme der Führung der Sozialdemokratie bereiten nachfolger gefunden. Wenn ein Universitätsprofessor so gegen den leitenden Bundesstaat geht, so hat die Regierung die Pflicht, sich damit zu befassen. Ein Dozent muß wissen, daß die Sozialdemokratie die Republik will, während doch Baden meines Wissens noch eine Monarchie ist. Wir alle wollen ein starkes monarchisches Preußen im Reich. (Lebhafte Zustimmung.) Die Sozialdemokratie kann nur herrschen in einem demokratisierten Preußen. Gegen die Gedanken, die dem Professor Schönlank als Ideal vorkommen, müssen wir uns schärfste protestieren. Es ist hohe Zeit, daß dem Abwärtsgehen auf der schiefen Ebene des Sozialismus halt geboten wird durch eine starke Hand! (Beifall.)

Hausminister Graf Wedel-Biesdorf: Im Auftrage meiner Freunde habe ich einige Bemerkungen über Elsaß-Lothringen zu machen. Die Verfassungsverhandlungen erfüllen uns mit lebhafter Besorgnis. Wir halten die Elsaß-Lothringische Bevölkerung noch nicht so weit erreicht, noch nicht soweit deutsch geworden, daß man Elsaß-Lothringen ohne Besorgnis zu einem mehr oder weniger so selbständigen deutschen Bundesstaat machen kann. Das beweisen die wiederholten Vorgänge. Das allgemeine gleiche Wahlrecht erfüllt uns mit lebhaften Besorgnissen. Die Regelung der Bundesratsstimmen verlegt unser preussisches Ehrgefühl. Wir bedauern, uns in Widerspruch mit dem Ministerpräsidenten setzen zu müssen. Wir wollen gemäß nicht den Reichstagsbeschlüssen. Unter Vertrauen zu ihm ist gewiß nicht erreichbar.

Minister des Innern von Dallwitz: Der Ministerpräsident ist leider, aus Anlaß eines Trauerfalls in seiner Familie, am Erscheinen verhindert. Er hat im Reichstag und im Abgeordnetenhause dargelegt, daß die Gewährung der Vertretung im Bundesrat auch im Interesse des Reiches liegt insofern als durch die größere Autonomie die Gewähr gegeben wird, daß eine engere Angliederung des Landes an das gemeinsame deutsche Vaterland in wirtschaftlicher und politischer Beziehung dadurch ermöglicht wird.

Elsaß-Lothringischer Staatssekretär a. D. v. Müller: Ich habe nicht nur ein echt preussisches, sondern auch ein recht warmes Herz für Elsaß-Lothringen. Deshalb stimme ich mit meinem Freunde Wedel in manchen Punkten nicht überein. Preußen hätte drei von seinen Stimmen an Elsaß-Lothringen abtreten sollen. Es hätte auch ohne diese drei Stimmen seine Position im Bundesrat gehalten. Die Frage ist tatsächlich nur eine theoretische. Die Elsaß-Lothringischen Stimmen werden kein Stimmhalter in wichtigen Fragen gegen Preußen abgeben. Aber die Bestimmung, daß sie nur gegen Preußen gezählt werden dürfen, ist verlegend. Wenn die Elsaß-Lothringer reif sind, im Bundesrat zu sein, dann kann sich das Reichland auch seine Verfassung selbst machen, natürlich unter den nötigen Kautelen. Ich spreche als Konservativer den Wunsch aus, daß sich das Reichland zu einem uns lieben und werten Bundesstaat entwickeln. Leider ist man in Deutschland über reichs-ländliche Verhältnisse schlecht informiert, weil unsere Presse alles nur politisch betrachtet. Die Bauern im Reichland sind ordnungsliebend, autoritätstüchtig, strebsam und fleißig. Ein demokratischer Liberalismus sitzt in den Städten. Er ist hauptsächlich aus dem deutschen Vaterlande eingewandert. Von Sozialdemokratie wußte man früher überhaupt nichts. Bei den vielen veranblichunglichen Beziehungen der Elsaßler mit Frankreich kann man nicht auf einmal alle Verbindungen mit Frankreich abbrechen. Allerdings darf daraus nicht das Recht aufheben der Agitation hergeleitet werden. Die Angaben im Elsaß erscheinenden Zeitungen sind Gift. Es ist unrichtig, daß die jetzt en Zustände von der Aufhebung des Diktaturparagraphen kommen, ebenso, daß das Franzosentum über andere. Der Teufel hole alle landesgesetzlichen Angelegenheiten, wenn ich über die Verfassung meines eigenen Landes nicht einmal gehört werde. Man hätte die Reichsländer selbst an ihrer Verfassung arbeiten lassen sollen, bis man unter Festlegung der kaiserlichen Gewalt und der nötigen Grundzüge das Placet dazu hätte geben können! Diese Ausführungen war ich meinen Elsaß-Lothringern schuldig. Ich begreife, daß sich die Elsaß-Lothringer als Heloten behandeln fühlen. Man sollte sie doch wenigstens auch hören. Das verletzte Ehrgefühl ist der Grund für die Stellungnahme der Elsaß-Lothringer. Zentrum und Liberale machen im Reichstage gemeinsam ein Gesetz, das im Elsaß-Lothringischen Parlament endlose Kämpfe entfeinert wird. Ich bitte den Reichstagsler, zu dem wir das volle Vertrauen haben, daß er die preussischen Interessen in jeder Weise wahren wird: Denken Sie an das Reichland, in dem eine brave, ordnungsliebende Bevölkerung ist und lernen Sie den Bruderstamm schätzen und lieben. Dieser Weg wird zum Frieden im Reichlande führen. (Lebh. Beifall und Händeklatschen.)

Professor Dr. Köning-Halle: Den Anschauungen des Herrn v. Wedel über das allgemeine und gleiche Wahlrecht stimme ich nicht zu. Viele Mängel in Preußen haben ihren Ursprung darin, daß die letztere Form des preussischen Wahlrechts nicht zustande gekommen ist. Das Reichland hat das allgemeine gleiche Wahlrecht schon seit 50 Jahren, da kann man es ihnen nicht mehr entziehen. Auch auf den drei Stimmen im Bundesrat muß die Regierung beharren. Ich sehe keinen Grund zu Beschränkungen für Preußen. Es ist völlig ausgeschlossen, daß ein Statthalter gegen Preußen stimmen würde, denn er ist ja nur der Bevollmächtigte des Kaisers. Das Reichland muß aus dem bisherigen embryonalen Zustand allmählich zu einem vollwertigen Bundesstaat übergeführt werden. (Lebhafte Beifall.)

Graf v. Hornsbroch: Mit der Forderung der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Elsaß-Lothringen kann ich mich nicht einverstanden erklären. Für uns im Westen ist die Besorgnis bezüglich der Entwicklung unseres westlichen Nachbarn erheblich gerechtfertigter als vielleicht für andere Staatsbürger. Die Ideengemeinschaft der Herren Betteker, Korstanty und Genossen bildet zweifellos eine Gefahr, auf die wir besonders hinweisen müssen. Wir dürfen die Bewegungsfreiheit unserer antinationalen Gegner nicht noch erweitern. Ich hoffe deshalb, daß das Scheitern der Vorlage uns vor einer weiteren Kompromittierung der preussischen Verhältnisse bewahren möge. (Beifall.)

Brigade v. Schönlank-Carlsruhe: Ich stimme mit Herrn von Müller vollkommen darin überein, daß die Verhältnisse der Reichsländer vielfach in Deutschland sehr falsch beurteilt werden. Elsaß-Lothringen verlangt eine größere Autonomie, es hat den Wunsch: „Los von Berlin!“ Ob der Zeitpunkt zur Einbringung der Vorlage sehr glücklich gewählt, lasse ich dahingestellt. Die Mischmunnia, die in diesem hohen Hause zum Ausdruck gekommen ist, richtet sich weniger gegen die Verleihung der drei Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringen, als gegen die Art, wie die drei Stimmen gezählt werden sollen. Da wir aber wissen, daß es bei wichtigen Anlässen im Bundesrat überhaupt nicht zur Abstimmung kommt, sondern solche Fragen vorher genau präpariert werden, so daß eine Abstimmung überflüssig wird, liegt kein Grund zu Besorgnissen vor. Warum sollen wir eine Schwärzung des preussischen Einflusses im Bundesrat befürchten, wenn die Vertreter der preussischen Regierung selbst solche Beschränkungen nicht gegen. Auf das Elsaß-Lothringische Wahlrecht will ich nicht eingehen, da diese Frage den Reichstag zu beschäftigen hat. Wir wollen die führende Stellung Preußens im Bundesrat weiter aufrecht erhalten zum Heile Preußens, aber

